

Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 25. November 2002 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Vitus Locher
Protokollführer:	Peter Gadiant
Präsenz:	anwesend: 118 Mitglieder entschuldigt: Jeker, Pleisch
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnung

Standespräsident Locher: Das UNO Jahr der Berge 2002 geht bald zu Ende. Bei den Aktivitäten zum UNO Jahr der Berge 2002 in Graubünden, ist unsere Bergbevölkerung nicht oder nur ungenügend miteinbezogen worden. Dabei wäre dies eines der wichtigsten Anliegen dieses UNO Jahres.

Die vielen kleinen Bergdörfer in unseren 150 Tälern mit ihren verschiedenen Kulturen und Sprachen sind unser Kapital. Wir müssen dazu Sorge tragen. Wenn man genauer hinsieht, haben die verschiedenen Bergbewohner auch sehr viele Gemeinsamkeiten. Ihre Verbundenheit mit der Natur, ihre fundierten Kenntnisse um Arbeiten in Stall, Feld, Wald oder auch im Gewerbebereich in allen Jahreszeiten und ihre alten Traditionen gilt es zu bewahren, zu unterstützen und mit Hilfsmitteln von heute zu kombinieren. Der Computer ist nicht nur in der Stadt Chur unerlässlich, sondern auch in einem abgelegenen Bergdorf.

Unsere malerischen Dörfer sind schön, wenn dort Leben ist, wenn gearbeitet werden kann. Der Anblick ist traurig, wenn die verlassen Siedlungen langsam zerfallen. Die einstmalig sauber gemähten Blumenwiesen werden von Stauden und Bäumen in Beschlag genommen.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist der Tourismus in unserem Kanton der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Daher ist es in unserem Interesse, zur Natur, zu unserer Bergbevölkerung Sorge zu tragen. Nicht nur für die Bevölkerung in den grösseren Zentren unten im Tal sollen gute Rahmenbedingungen des Staates geschaffen werden, sondern auch die Bergbevölkerung darf in dieser Hinsicht nicht benachteiligt werden. Es ist richtig, dass der Staat unsere Bauern, auch die Bergbauern unterstützt, aber sie müssen willens und bereit sein, sich auf die Ihnen zukommenden Änderungen einzustellen. Einfach die Heugabel in den Heustock zu stecken und sagen: „Basta, ich höre auf Bauer zu sein, das rentiert sowieso nicht mehr“, wäre der falsche Weg. Der Unternehmer, der Arbeitnehmende muss sich heutzutage, in der sich schnell veränderten Zeit, auch einstellen und daraus das Beste machen. Es gibt heute immer mehr Arbeitnehmende, die nicht einmal die Möglichkeit haben, sich zu fragen, ob ihnen ihre Arbeit, die sie täglich und jahrzehntelang ausführen, eigentlich rentiert? Oftmals haben sie grosse Schwierigkeiten, für sich und ihre Familie den Haushalt zu bestreiten, mit dem

was sie für einen 100 Prozent Arbeitseinsatz an Verdienst nach Hause bringen. Der Bauer und der Arbeitnehmende, sie beide führen in unserer Volkswirtschaft eine bedeutende Tätigkeit aus. Dabei darf man die Unternehmer nicht vergessen. Von ihrer Seite, insbesondere vom Gewerbe wird der Vorwurf an die Banken immer lauter, die Banken würden mit der Vergabe von Krediten an das Gewerbe, die KMU, restriktiver. In Graubünden und auch in der Schweiz sind es gerade die KMU, die am meisten private Arbeitsplätze anbieten. Deshalb sollten die Banken bei der Genehmigung und Erteilung von Krediten die KMU besser unterstützen, insbesondere wenn man hört, wie eine grosse Schweizerbank bei einer früheren Konzern-Übernahme jetzt grosse schmerzvolle Verluste buchen muss, wären vermehrte Investitionen und Kredite in die KMU, aus der Volkswirtschaft betrachtet, intelligenter und vernünftiger. Man könnte dabei z.B. im Bereich des Tourismus oder auch im Gewerbe qualitativ gute Arbeitsplätze schaffen. Dies wird dazu beitragen, zumindest einen Teil der Entvölkerung im Berggebiet aufzufangen.

Was heute in der Wirtschaft zunimmt, ist leider nicht das Wachstum, sondern die Anzahl der Arbeitslosen. Seit dem Vorjahr im Oktober hat die Zahl um 42'000 zugenommen und liegt jetzt landesweit bei 110'000. Auch in Graubünden ist die Anzahl der Arbeitslosen entsprechend gestiegen.

Vor einer Woche ist Graubünden von schweren Unwettern heimgesucht worden. Zahlreiche Häuser wurden überflutet und es entstand grosser Sachschaden. Hunderte von Personen mussten in verschiedenen Orten unseres Kantons evakuiert werden. Unser tiefes Mitgefühl geht an alle, die davon betroffen sind. Auch wenn – Gott sei Dank – keine Todesopfer zu beklagen sind, müssen wir in den nächsten Jahren damit rechnen, dass bedingt durch die Klima-Erwärmung, vermehrt derartige Unwetter-Katastrophen uns heimsuchen werden. Im Namen des Grossen Rates möchte ich an dieser Stelle all den zahlreichen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz den besten Dank aussprechen. Unsere wirtschaftlichen Tätigkeiten müssen noch mehr mit der Umwelt abgestimmt werden. Dann wird es möglich sein, dass unsere Bergbevölkerung in ihren Dörfern verbleiben kann, was schliesslich mithelfen wird, die Entvölkerung des Berggebietes aufzuhalten.

Ich erkläre hiermit die Novembersession als eröffnet.

Totenehrung

Am 16. Oktober 2002 ist Walter Wurster-Caspescha im Alter von 75 Jahren verstorben. Der Verstorbene wurde in Thusis geboren und verbrachte dort auch den grössten Teil seiner Kindheit. Seine Familie zog – nachdem er die Primarschule besucht hatte – nach Zillis, wo er die Sekundarschule absolvierte und anschliessend eine Maurerlehre abschloss. Nach dem Abschluss der Maurermeisterprüfung und der Ausbildung zum eidgenössisch diplomierten Bautechniker übernahm der Verstorbene ein Baugeschäft in seiner Wohngemeinde. Dieses hat er während vielen Jahren umsichtig geführt, wobei ihm ganz besonders Arbeiten an Quellfassungen und Wasserversorgungen sowie der Brückenbau lieb waren. Walter Wurster setzte sich auch für den beruflichen Nachwuchs ein. Er unterrichtete an der Gewerbeschule und war Prüfungsexperte bei Maurermeisterprüfungen.

Walter Wurster engagierte sich neben seiner beruflichen Tätigkeit aktiv in der Politik. Er war Gemeindepräsident von Zillis und vertrat von 1963 bis 1971 den Kreis Schams während acht Jahren im Grossen Rat. Starken, lebensfähigen Talschaften, die ihren Bewohnern eine wirtschaftliche Existenz ermöglichen, galt sein ganzer politischer Einsatz. In seiner Freizeit arbeitete der Verstorbene gerne in seinem Garten, fuhr im Winter Ski und war im Frühling und Sommer beim Fischen anzutreffen.

Dank seiner vielseitigen, unermüdlichen Arbeit, seiner Einsatzfreude und seiner Sachkenntnis genoss der Verstorbene bei Volk und Behörden Wertschätzung und Sympathie. Der gestalt wird er uns in dankbarer Erinnerung bleiben.

Im Alter von 86 Jahren ist am 22. Oktober 2002 in Flims Waldhaus Johann Martin Ragettli-Kamm gestorben. Der Verstorbene ist in Flims geboren und aufgewachsen. Er absolvierte eine kaufmännische Lehre und anschliessend die Handelsschule in Zürich. Nachdem er zunächst in Chur beim Finanz- und Militärdepartement gearbeitet hatte, kehrte er nach Flims zurück. Da erwarb er eine Geschäftsliegenschaft. Zusammen mit seiner Frau führte er eine Papeterie und Buchhandlung sowie eine Getränkehandlung.

Bereits in jungen Jahren wurde Johann Martin Ragettli in den Gemeinderat von Flims gewählt. Später stand er der Tourismusgemeinde als Präsident vor. Er war bekannt für seine kurzen, effizienten Gemeindeversammlungen, weil er kein Freund von langen Reden war. Während seiner Amtszeit konnten die Gemeindefinanzen saniert werden und verschiedene für die Gemeinde wichtige Projekte aufgegleist werden. So wurden unter seiner Regie zum Beispiel die Landkäufe und der Landabtausch für den späteren Bau des Sportzentrums Prau la Selva getätigt und die Fidazerstrasse ausgebaut. Während vier Jahren – von 1979 bis 1983 – vertrat der Verstorbene den Kreis Trins im Grossen Rat. Grosse Leidenschaften des Verstorbenen waren das Militär – er war Feldweibel beim Train – und die Jagd.

Der Verstorbene wird uns als volksnahe Persönlichkeit, die mit Beharrlichkeit für das Gemeinwohl eintrat, in dankbarer Erinnerung bleiben. Wir wollen ihm an dieser Stelle über sein Grab hinaus unseren aufrichtigen Dank bekunden.

Am 26. Oktober 2002 ist in Calfreisen Sebastian Patt-Zippert in seinem 85. Altersjahr verstorben. Der Verstorbene ist in Castiel geboren und aufgewachsen. Nach der obligatorischen Schulzeit erlernte er den Beruf des Bauern. Im Jahre 1946 heiratete er und zog nach Calfreisen, um dort seinen eigenen Hof aufzubauen.

Während mehrerer Jahrzehnte setzte sich Sebastian Patt uneigennützig zum Wohl der Talschaft Schanfigg ein. Zuerst ab 1947 als Gemeindegassier und von 1957 bis 1967 als Gemeindepräsident von Calfreisen. Ab 1972 stand er der Gemeinde nochmals mehrere Jahre als Aktuar zur Verfügung. Gleichzeitig amtierte er auch als Präsident der Kirchgemeinde.

Während 24 Jahren – von 1961 bis 1985 – vertrat der Verstorbene den Kreis Schanfigg im Grossen Rat. Der Landwirt galt während dieser Zeit als ein besonders profilierter und kompetenter Bauernvertreter. Sebastian Patt präsierte im Weiteren den 1971 gegründeten Regionalverein Pro Schanfigg und amtierte von 1975 bis 1989 als Schanfigger Landammann. Dabei hatte er stets ein offenes Ohr für Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Mit dem Verstorbenen ist ein liebenswürdiger Kollege und unermüdlicher Schaffer von uns gegangen. Sebastian Patt hat wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit geleistet. Für sein jahrelanges, engagiertes Wirken im Dienste der Öffentlichkeit gebührt ihm an dieser Stelle der verdiente Dank.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen zu erheben.

Jahresprogramm der Regierung 2003

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Nigg; Kommissionspräsident: Die Regierung unterbreitet dem Grossen Rat das Jahresprogramm 2003, welches auf dem Regierungsprogramm und dem Finanzplan 2001 bis 2004 basiert und konkrete Aussagen über das kommende Regierungsjahr macht.

Die grossräthliche Vorberaterkommission hat sich am 11. November 2002 in Anwesenheit von Regierungspräsident Lardi und Kanzleidirektor Riesen mit dem Jahresprogramm der Regierung auseinandergesetzt. Eintreten war unbestritten.

Mit dem angekündigten Sparprogramm zur Erhaltung des Haushaltsgleichgewichts sowie mit dem ebenfalls angekündigten Antrag zur Erhöhung des Steuerfusses ist das Jahresprogramm 2003 unter einem etwas anderen Aspekt und vielleicht nur zweitrangig anzusehen, als es in den vorangegangenen Jahren der Fall war.

In den letzten zwei Jahren war das wirtschaftliche und politische Umfeld grossen Veränderungen ausgesetzt. Das Swisairgrounding war nur das Vorspiel von grossen Umstrukturierungen, welche die Schweizer Wirtschaft im Moment treffen. Betroffen sind dabei vor allem grosse etablierte Unternehmungen, auf deren Stabilität die Schweizer Wirtschaft bis anhin bauen konnte. Auch unser wichtigster bündnerischer Wirtschaftssektor, der Tourismus, konnte lange Zeit auf ein stetes Wachstum in den wichtigsten Partnerländern zählen. Dem ist nicht mehr so. Der lange andauernde Aufschwung in Deutschland wurde durch die Vergrösserung des Landes und der EU und mit der Einführung des Euro arg gestoppt. Die Klientel in Deutschland mit einem Marktanteil von ca. 25 Prozent, hinter den Schweizern das wichtigste Kundensegment, kann sich zu einem grossen Teil Ferien in der Schweiz

ganz einfach nicht mehr leisten. Vor allem dann nicht, wenn unsere Angebote noch teurer werden sollten. Wir werden uns umstellen müssen.

Verändert hat sich aber auch das politische Umfeld. Das Attentat in New York vor gut einem Jahr ist kein Einzelfall geblieben. Kleine Teile der islamischen Welt verbreiten in unregelmässigen Abständen weiterhin Schrecken. Vom letzten grossen Attentat auf Bali waren leider sogar auch Bündner Familien betroffen.

Immer mehr wird das politische Geschehen auch von nicht staatlichen Organisationen bestimmt. Mit der Gründung der Stiftung „in the spirit of Davos“ wurde auch in Graubünden eine Organisation gebildet, welche den Kontakt und das Gespräch zwischen dem angestammten politischen „Establishment“ und diesen so genannten NGO's aufnehmen und aufrecht erhalten soll.

Eingefahren, wir haben es gehört, sind uns auch die Unwetter, welche vor einer Woche grosse Landstriche unseres Kantons und ganze Gemeinden verwüstet haben. Sie haben uns wieder einmal klar gemacht, dass wir in Graubünden Teil eines Alpenraums sind, der aufgrund seiner Geologie und seiner geographischen Lage von grösseren Katastrophen zwar in der Regel verschont bleibt, dessen Bewohner aber immer wieder und mit einer gewissen Regelmässigkeit Naturereignissen, wie denjenigen von vor einer Woche, ausgesetzt sind. Ich zitiere den Geologen Bader in der SO vom 19. November: „Solche Vorgänge gibt es in unseren Bergen tagtäglich. Damit müssen wir leider leben.“

Mit der unsern Bergbewohnern angeborenen anpackenden Art und mit der notwendigen Bündnerischen Solidarität haben wir aber schon manche Naturereignisse, wie Lawinenniedergänge, Erdbeben oder Windverwüstungen durch Föhnstürme überstanden und sind gestärkt aus diesen Ereignissen herausgegangen. Dies wird hoffentlich auch bei den Rufeniedergängen von letzter Woche der Fall sein. Wir werden das auch ohne bundesrätlichen Besuch überstehen. Auf jeden Fall darf ein solches in den Bergen leider immer wieder vorkommendes Naturereignis – ich nehme jetzt den Faden zum Jahresprogramm wieder auf – nicht zum Anlass genommen werden, um andere sich gesetzte politische Ziele zu verschieben oder gar nicht anzugehen.

In diese veränderte Welt, aber auch in ein von den erwähnten Naturereignissen gezeichnetes Graubünden kommt die Regierung nun mit einem Budget, das aufgrund seiner schlechten Zahlen und der schlechten finanziellen Aussichten nach Massnahmen sucht. Mit einer Steuererhöhung sowie mit kurz- und mittelfristigen Sparmassnahmen soll das Haushaltsgleichgewicht wieder hergestellt werden.

Die Kommission anerkennt die Bemühungen der Regierung, um ein mittelfristiges Haushaltsgleichgewicht und geht mit ihr einig, dass das Jahresprogramm unter dem Vorbehalt der Budgetberatungen und des auf den Juni 2003 angekündigten Sanierungsprogramms steht. Die vorberatende Kommission ist sogar der Ansicht, dass das angekündigte Sparprogramm gegenüber allen anderen Jahreszielen Vorrang haben sollte und die Durchsetzung von Sparmassnahmen prioritären Charakter hat.

In diesem Sinne ist auch die Position 0.2001.49 des Jahresprogramms „Aufgabenverzicht und Aufgabenreduktion“ zu sehen. Auf das werden wir in der Detailberatung noch eingehen. So wird aber auch die Durchsetzung aller anderen Jahresziele relativiert. Sie haben sich nach Ansicht der Kommission dem Hauptziel der Erlangung des Haushaltsgleichgewichtes unterzuordnen und somit erst zweite Priorität.

Die Kommission empfiehlt dem Grossen Rat einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und das Jahresprogramm 2003 zur Kenntnis zu nehmen.

Trepp: Wie Sie alle wissen, wird Jahresprogrammkommission nächstes Jahr Strategiekommision heissen. Ob damit alles besser sein wird, möchte ich ernsthaft bezweifeln. Ohne Geld kann weder die Regierung ein vernünftiges Programm entwickeln, noch diese Kommission eine vernünftige Strategiediskussion führen, ausser Sie verstehen unter Strategie, wie man diesen Kanton mittels Sparprogrammen möglichst lautlos in den Morast fahren kann. Ich danke für Ihre kurze Aufmerksamkeit und bin trotzdem für Eintreten.

Standespräsident Locher: Ich stelle fest, Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

Der Grosse Rat nimmt vom Jahresprogramm 2003 der Regierung Kenntnis

Entwicklungen

Antrag Kommission

Abgabe folgender Erklärung:

Der Grosse Rat unterstützt grundsätzlich die von der Regierung in ihrem Programm formulierten Zielsetzungen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des angekündigten Sanierungsprogramms und der Beratungen zum Budget 2003

Angenommen

Kapitel 0, Verwaltung, Reformen, Aussenbeziehungen; 2001.49 Aufgabenverzicht und -reduktion zur Schaffung von Freiräumen für das Wesentliche und für Innovationen.

Antrag Kommission

Die Kommission erwartet, dass alle Möglichkeiten zum Aufgabenverzicht und zur Aufgabenreduktion im Rahmen des Sanierungsprogramms, das die Regierung bis im Juni 2003 vorzulegen hat, auch im Sinne des Postulats Casanova ausgeschöpft werden.

Nigg: Kommissionspräsident: Ich spreche zu Punkt 2001.49. Die Kommission unterstützt, wie eingangs erwähnt, die Bemühungen der Regierung, mit einem Sanierungsprogramm den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Wie die Regierung will sie diesem Programmpunkt erste Priorität geben. Eine umfassende Strukturreform wurde in den letzten Jahren in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen gefordert. Letztmals in der Novembersession 2001 von Grossrat Casanova (Chur).

Das von der Regierung eingeleitete Sanierungsprogramm geht denn auch in die von Grossrat Casanova geforderte Richtung, indem nicht nur einzelne Ämter durchleuchtet werden, sondern, bedingt durch die Sparvorgabe von 20 Prozent der bisherigen Aufwendungen pro Departement, die gesamten staatlichen Strukturen einer Überprüfung unterzogen werden müssen. Die Kommission erwartet vorab, dass diese Strukturüberprüfung nicht nur zur Aufgabenumverteilung führen wird, sondern in erster Linie die Staatsquote herabge-

setzt werden kann. Dass damit auch unpopuläre Massnahmen verbunden sind, erachtet die Kommission als unumgänglich. Sie ist aber auch der Meinung, dass die Wettbewerbsfähigkeit sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Tourismusregion nur mit einer Revitalisierung der demokratischen Strukturen, getragen von möglichst wenigen staatlichen Eingriffen und verbunden mit einer tiefen Finanz- und Staatsquote, erhalten werden kann. Nur so bleibt Raum für die im demokratischen marktwirtschaftlichen System so wichtige Privatinitiative. Ich bitte Sie, die entsprechende Erklärung aufzunehmen.

Angenommen

Kapitel 1: Sicherheit; Ziel 10: Optimierung der Strukturen, Verkürzung der Entscheidungswege, Nutzung von Synergien in den Bereichen Zivilschutz und Katastrophenhilfe, Sanität und Feuerwehr.

Antrag Kommission

Die Optimierung der Strukturen im Sinne des ursprünglichen Programmpunkts (Ziel 10) ist vorzunehmen.

Nigg; Kommissionspräsident: Die Regierung hat das Legislaturziel Nr. 10 aus dem Regierungsprogramm 2001 bis 2004, d.h. Optimierung der Strukturen, der Kürzung der Entscheidungswege und Nutzung von Synergien in den Bereichen Zivilschutz, Katastrophenhilfe, Sanität und Feuerwehr aus dem Jahresprogramm 2003 gestrichen. Die Kommission ist der Meinung, dass gerade im Rahmen des Sanierungsprogramms eine Strukturbereinigung in diesem Bereich von Nöten ist und nicht hinausgeschoben werden soll. Übrigens haben auch gerade die erwähnten Naturereignisse von letzter Woche in unserem Kanton gezeigt, dass nur durch ein optimales Zusammenarbeiten von Armee, Feuerwehr, Zivilschutz und allenfalls Sanität solche Katastrophen gemeistert werden können. In der Praxis spielt hier vieles bestens, was in der Organisation aber noch optimiert, verbessert und vielleicht auch etwas verbilligt werden kann. In diesem Sinne beantragt die Kommission die Aufnahme des Regierungsziels Nr. 10 ins Jahresprogramm 2003.

Tuor (Disentis): Ich spreche zum Jahresprogramm 2003, und zwar zum Ziel 10 gemäss Protokoll der Vorberatungskommission. Die Unwetter vom vorletzten Wochenende haben verschiedene Gegenden unseres Kantons schwer getroffen. In kürzester Zeit waren wichtige Verkehrsverbindungen für längere Zeit unterbrochen. Die Kommunikation war in Folge schwerwiegender Schäden am Telefonfestnetz aber auch am Mobiltelefonnetz ebenfalls unterbrochen oder zumindest stark eingeschränkt. Dies hat dazu geführt, dass verschiedene Gemeinden und Fraktionen vom Rest des Kantons abgeschnitten und auf sich selbst angewiesen waren. Es hat sich aber auch gezeigt, dass bei solchen ausserordentlichen Ereignissen eine gute lokale Organisation von aller grösster Bedeutung ist. Lokale Organisationen können innert kürzester Zeit für einen Einsatz aufgeboden werden und sie kennen vor allem auch die örtlichen Verhältnisse. Die lokalen Organisationen wie Feuerwehr und Zivilschutz haben deshalb auch bei den vergangenen Unwettern wirklich ausgezeichnete Dienste geleistet.

Im Rahmen der Optimierungen und Straffung der Strukturen wird immer mehr zusammengelegt, rationalisiert und regionalisiert. Grundsätzlich ist gegen ein solches Vorgehen nichts einzuwenden, vor allem dann, wenn es wirklich Kos-

ten reduziert oder anderweitige Vorteile schafft. Andererseits sollten gerade bei der Reorganisation dieses Bereiches die Erfahrungen der letzten Zeit besonders stark gewichtet und berücksichtigt werden. Im Rahmen der anstehenden Reorganisation des Zivilschutzes wird scheinbar vorgesehen, nur noch regionale Zivilschutzorganisationen zu betreiben. So soll beispielsweise für die Surselva nur noch eine einzige regionale Organisation betrieben werden. Es hat sich nun aber gezeigt, dass in erster Linie die lokalen Einsatzkräfte ausserordentliche Wirksamkeit bewiesen haben. Regionale, kantonale oder gar nationale Einsätze sind ebenfalls äusserst wichtig, sie kommen jedoch in der Regel erst in einer zweiten Phase zum Tragen. Damit aber sofortige und wirksame Hilfe geleistet werden kann, müssen die lokalen Organisationen so beibehalten werden, dass sie jederzeit wirksam eingesetzt werden können. Dazu werden nicht nur die eigentlichen Hilfskräfte benötigt, sondern vor allem ausgebildetes lokales Führungspersonal.

Viele Prognostiker sagen uns voraus, dass solche ausserordentliche Ereignisse wie jenes vor zehn Tagen in Zukunft vermehrt auftreten würden. Auch die Regierung stellt das in ihrem Bericht fest. Diese Jahrhundertereignisse würden sich in Zukunft fast alle zehn Jahre wiederholen. Ob das stimmt oder nicht, können wir offen lassen. Sicher ist jedoch, dass in den Gemeinden Organisationen vorhanden sein und betrieben werden müssen, die für die Bewältigung solcher Ereignisse unmittelbar und sofort eingesetzt werden können. Die Erfahrungen der letzten Tage haben aufgezeigt, dass die Gemeinden mit ihren lokalen Organisationen als einzige in der Lage sind, sofort wirksame Hilfe zu leisten. Aus diesem Grund bitte ich die Regierung, bei der Umsetzung des Zieles 10 die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Gemeinden aufgrund der Unwetter vom vorletzten Wochenende unbedingt mit einzubeziehen und mitzubetrachten.

Angenommen

Kapitel 2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft; Kapitel 3: Kultur, Sprache und Sport

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Kapitel 4: Gesundheit; 26. Optimierung der Leistungen auf dem Spitalplatz Chur

Antrag Kommission

In die Umsetzung des Programmpunkts (Ziel 26) ist auch das Kreuzspital miteinzubeziehen.

Nigg; Kommissionspräsident: Rein der Ordnung halber will die Kommission unter Punkt 26 nach den jüngsten Entwicklungen auf dem Spitalplatz Chur auch wieder das Kreuzspital mit einbezogen und auch erwähnt haben. Offensichtlich ist das beim Druck des Jahresprogramms nur vergessen gegangen.

Kapitel 5: Soziale Sicherheit; Kapitel 6: Verkehr; Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Kapitel 8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Antrag Kommission

Allgemeine Erklärung

Die Kommission erwartet, zusätzlich zu den bestehenden Programmpunkten, das der Notwendigkeit der Erhaltung und Modernisierung von Arbeitsplätzen, insbesondere im Bereich des Service public, Rechnung getragen wird.

Nigg; Kommissionspräsident: Die Kommission will hier mit einer allgemeinen Erklärung zu Punkt 8 „Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit“ die Regierung in ihren Anstrengungen unterstützen, in den Randregionen den "service public" zu erhalten, welcher auch moderne Arbeitsplätze garantiert. Diese Erklärung ist zwar geprägt von den Bemühungen der Regierung, das Briefpostzentrum in Chur zu erhalten. Die Kommission war sich in der Diskussion aber bewusst und einig, dass betriebliche Änderungen, welche auf die Anwendung neuer Technologien zurückzuführen sind, hier Mail statt Briefpost, nicht aufgehoben werden können. Hingegen sollten die Randregionen, dazu gehört wohl der ganze Kanton Graubünden, bei der Verteilung moderner Arbeitsplätze vermehrt berücksichtigt werden. Nachdem moderne Arbeitsplätze aber dank neuer Kommunikationstechnologien nicht mehr unbedingt standortgebunden sind, scheint dies auch möglich zu sein. Allerdings dürfen die Randregionen den Anschluss an diese neuen Kommunikationstechnologien auf keinen Fall verpassen. In diesem Zusammenhang gibt vielleicht die Meldung, dass drei grosse Städte, Bern, Basel und Zürich, die „Cablecom“ kaufen wollen, noch mehr zu denken, als die angekündigte Schliessung des Briefzentrums Chur. Wir meinen, auch in diesem Bereich müsste ein bundesstaatlich getragener und garantierter „service public“ Platz greifen. Ich bitte Sie, die entsprechende Erklärung aufzunehmen.

Hess: Ich spreche nur ganz kurz zu Ziffer 42 und möchte wiederholen – was ich hier im Rat auch schon gesagt habe – dass für Fernsehverbreitung keine Kantonsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies ist eine Einwegkommunikation und dient nicht der wirtschaftlichen Stärkung des Standortes Graubünden.

Angenommen

Kapitel 9, Finanzpolitik und Kantonshaushalt

Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

Angenommen

Abstimmung

Für den Antrag gemäss Ziffer 1 auf Seite 110 110 Stimmen
A123 der Voranschlags

Dagegen 0 Stimmen

Voranschlag 2003

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung

Eintreten

Standespräsident Locher: Bevor ich dem Regierungspräsidenten das Wort erteile, werde ich Ihnen mitteilen, wie wir gedenken, diese Debatte zu führen.

Vorerst wird die Eintretensdebatte stattfinden. Für mich ist es selbstverständlich, dass hier auch schon die Frage, ob Erhöhung des Steuerfusses oder nicht, angegangen wird. Aber ich möchte Sie darauf hinweisen, den eigentlichen Steuerfussantrag behandeln wir erst bei den Anträgen nach der Detailberatung. Hier geht es also noch nicht um die Abstimmung über den Antrag Steuerfuss ja oder nein, abgestimmt wird darüber erst nach der Detailberatung.

Wir gehen so vor: Wir werden nach der Detailberatung die Anträge der GPK auf dem roten Blatt und denjenigen der Regierung auf den lachsfarbenen Seiten des Voranschlags gegenüberstellen. Nachher werden wir dann eine Eintretensdebatte zur Verordnung führen. Sollt nämlich der Grosse Rat zum Beispiel sagen, wir treten nicht auf die Verordnung ein, würde sich dann die weitere Diskussion erübrigen.

Als letztes werden wir dann pro Departement das Budget im Detail beraten – mit GRiforma und Investitionsrechnung. Es scheint, dass sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind.

Regierungspräsident Lardi: Die finanzielle Situation des Kantons Graubünden, die aktuelle Wirtschaftslage und die mehrheitlich düsteren Aussichten für die nächsten Jahre bereiten uns und Ihnen Sorge. Aus der Budgetdebatte erwartet die Bevölkerung unseres Kantons, aber auch die kantonale Verwaltung, also die vielen Männer und Frauen, die sich teils seit Jahrzehnten gut und mit Erfolg für ein Funktionieren des Staates einsetzen, eine Klärung der Situation. Man möchte wissen, wie es weiter geht. Ich ergreife das Wort, nicht um die Position der Bündner Regierung zu bekräftigen, sondern diese Position wird unsere Finanzministerin punktuell mit unserer Unterstützung mit der ihr eigenen Stringenz und Klarheit darlegen. Nein, aber ich will Sie mit einer dringenden Bitte konfrontieren: Setzt Euch bitte mit den Argumenten auseinander, ich betone es, setzt Euch bitte mit den Argumenten auseinander.

Warum sage ich das? Ich hege die Befürchtung, dass Hüben, aber vielmehr auch Drüben aus ideologischen Positionen heraus argumentiert wird. Dabei haben wir eine praktische Aufgabe zu bewältigen. Es kann also nicht darum gehen, eine ideologische Position zu verteidigen. Die Argumente, die wir heute austauschen und die auch protokolliert bleiben, werden das Fundament unserer Glaubwürdigkeit für spätere Jahre bilden oder eben nicht.

Ich weiss, es ist für uns alle schwierig und schmerzhaft, sich auf eine neue Situation einzustellen. Dominik Freymont, Chef der UNISYS AG hat die Phasen, wie wir alle auf einschneidende Veränderungen reagieren, analysiert und sie wie folgt unterschieden: Zuerst sind wir überrascht, dann wütend, später resignieren wir und es kommt zur Akzeptanz und schliesslich zur Hoffnung. Ich hoffe, dass wir am Schluss der Budgetdebatte tatsächlich das Ende dieser Entwicklung d.h. den Punkt der Hoffnung für die Zukunft erreichen. Ich hoffe, dass wir am Ende der Debatte uns vor allem an den Chancen dieser Veränderung orientieren. Graubünden verfügt über ausreichend Potential, um als leuchtender Stern im schweizerischen, ja europäischen Kontext eine bedeutende Rolle zu spielen.

Bühler, Präsidentin der GPK: Auftragsgemäss hat sich die GPK mit dem Voranschlag 2003 mit der angespannten fi-

nanziellen Situation unseres Kantons, mit den vorgeschlagenen Sofortmassnahmen und der vorgeschlagenen Steuererhöhung von 10 Prozent auseinandergesetzt. Das Ergebnis unserer Arbeit ist im roten Papier festgehalten. Sie haben diesen Bericht ja bereits in den Fraktionen diskutiert.

Zuerst möchte ich Ihnen eine kurze Übersicht und Beurteilung des vorliegenden Voranschlags 2003 geben. Die laufende Rechnung weist bei einem Gesamtaufwand von 2.124 Milliarden Franken und einem Gesamtertrag von 2.049 Milliarden Franken ein Defizit von 75.4 Millionen Franken aus. Der Budgetfehlbetrag des Vorjahres lag bei 33.4 Millionen Franken. Die erhebliche Verschlechterung gegenüber der Finanzplanung ist darauf zurückzuführen, dass sich die Gesamtausgaben mit 96 Millionen Franken voraussichtlich wesentlich stärker erhöhten als die Gesamterträge es mit plus 54 Millionen Franken tun werden. Auf der Einnahmenseite macht sich die Einführung der Gegenwartsbesteuerung bemerkbar. Es wird ein Anstieg an kantonalen Steuern in der Höhe von ca. 27 Millionen Franken erwartet. Die kantonalen Steuern werden aber nach den allerneuesten Hochrechnungen zum Glück eher noch etwas höher ausfallen. Auch erhöht die Nationalbank die Gewinnausschüttung im Jahre 2003, was für den Kanton Graubünden einen Zuwachs von 16.9 Millionen Franken ausmacht.

Auf der Ausgabenseite beunruhigt das ungebremste Wachstum der Kantonsbeiträge an Dritte um 60.2 Millionen Franken auf 501.6 Millionen Franken. Die Zunahme resultiert vor allem aus jenen Bereichen, in welchen der Kanton Graubünden keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten hat. Dazu gehören unter anderem Beiträge an öffentliche Krankenhäuser, ungefähr 21.7 Millionen, an die Sozialversicherungen, ca. 11 Millionen, an die Hochschulausbildung, die Fachhochschulausbildung, das neue Bildungszentrum Gesundheit und Soziales, mehrere Millionen.

Bei den Sachaufwänden mit plus 16 Millionen Franken fallen vor allem die Ausgaben der Kantonspolizei ins Gewicht, welche im Vergleich zum Vorjahr für den Einsatz im WEF 2003 in Davos, für die Ski WM 2003 in St. Moritz und für die Regelung des zusätzlichen Schwerverkehrs am San Bernardino 12.7 Millionen Franken brutto mehr Mittel benötigt. Die vorgesehenen Nettoinvestitionen von 161.6 Millionen Franken gegenüber 163.5 Millionen Franken vom Vorjahr bleiben fast gleich. Die Investitionsquote beträgt 18.3 Prozent gegenüber 18.5 Prozent im Vorjahr. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 37.3 Prozent selbstverständlich unbefriedigend.

Das Budget ist naturgemäss mit verschiedenen Unsicherheiten behaftet. Wenn man bedenkt, dass das von den Departementen eingereichte Rohbudget 102.6 Millionen Franken Defizit aufwies, muss man anerkennen, dass sich die Regierung bemüht hat, ein besseres Resultat zu erreichen. Der Versuch der GPK mit der Regierung Budgetverbesserungen zu erzielen, wie dies in den Vorjahren jeweils gelungen ist, schlug fehl. Das Ergebnis von 75.4 Millionen Franken Defizit ist, das wissen wir alle, höchst unbefriedigend.

Für die GPK stellten sich in dieser Ausgangslage verschiedene Fragen:

- Wie gehen wir um mit einem Voranschlag mit 75.4 Millionen Franken Defizit, wenn die finanzpolitische Vorgabe unseres Rates höchstens ein Defizit von 40 Millionen Franken toleriert?
- Sollte die GPK dem Rat die Rückweisung des Budgets an die Regierung zur Nachbesserung beantragen?
- Ist eine Steuererhöhung von 10 Prozent unumgänglich und ist sie im Rat auch mehrheitsfähig?

- Ist der von der Regierung eingeschlagene Weg wirklich richtig und der Ablauf auch sinnvoll, jetzt mit Sofortmassnahmen und einer Steuererhöhung zu kommen und im Juni 2003 das Paket Sparmassnahmen Haushaltsanierung zu präsentieren?

Nach etlichen Sitzungen, nach Gesprächen mit den Regierungsmitgliedern, nach verschiedensten Zusatzabklärungen und nach dem Einholen von Auskünften usw. fasste die GPK folgende Beschlüsse:

1. Auf eine Rückweisung des Voranschlags 2003 zur Nachbesserung, zur Reduzierung des Defizits an die Regierung soll verzichtet werden.
Warum? Die Konsequenz, dass die Regierung bis März 2003 ohne verabschiedetes Budget haushalten müsste, also nur auf Sparflamme handlungsfähig wäre und unter anderem keine Investitionen tätigen dürfte, schien der GPK wenig sinnvoll und wenig hilfreich in der angespannten Situation. Deshalb Verzicht auf eine Rückweisung.
2. Das Defizit von 75 Millionen Franken soll mit den drei von der GPK vorgeschlagenen globalen Kürzungspaketen um 20 Millionen auf 55 Millionen Franken gesenkt werden.
3. Bevor alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, soll im jetzigen Zeitpunkt auf 10 Prozent Steuererhöhung verzichtet werden.
4. Die GPK will die Regierung bei den Bemühungen um das Wiedererlangen des Haushaltsgleichgewichtes unterstützen.

Lassen Sie mich zum Defizit von 75 Millionen Franken, bzw. zu den einzelnen Punkten, einige Ausführungen machen.

In früheren Jahren ist es der GPK jeweils gelungen, zusammen mit der Regierung nochmals substantielle Einzelverbesserungen zu verwirklichen und damit das Defizit zu reduzieren. Beim Voranschlag 2003 ist das in keiner Weise gelungen. Wir haben nichts erreicht. Deshalb hat sich die GPK umorientiert und den Weg über die drei globalen Kürzungspakete gewählt:

- 2.5 Prozent globale Kürzung beim Personalaufwand der laufenden Rechnung ergeben total 8 Millionen Franken.
- 5 Prozent globale Kürzung beim Sachaufwand der laufenden Rechnung ergeben total 11.46 Millionen Franken.
- Das dritte Paket beinhaltet die zehnpromtigen linearen Kürzungen bei der Kategorie C übrige Beiträge, welche total 3.445 Millionen Franken ergeben.

Die linearen Kürzungen bei den Beiträgen der Gruppe C entsprechen auch dem Vorschlag der Regierung. Mit diesen von der GPK beantragten Kürzungen vermindert sich das Defizit auf 55.2 Millionen Franken. Trotz dieser Kürzungen kann die finanzpolitische Vorgabe von 40 Millionen Franken nicht eingehalten werden. Detaillierte Ausführungen zu den Kürzungsanträgen der GPK finden Sie im roten Bericht auf den Seiten 4 und 5.

Der GPK-Vizepräsident, Ratskollege Ernst Nigg wird in der Detailberatung die Kürzungsanträge im Einzelnen erläutern. Mit diesen globalen Kürzungsanträgen will die GPK der Regierung operativen Spielraum zur Umsetzung einräumen, ohne dass dadurch die Budgethoheit des Grossen Rates tangiert oder verletzt wird.

Die globalen Kürzungen bei der Verwaltung wie auch die linearen Beitragskürzungen bei der Gruppe C sind wohl schmerzhaft. Das ist uns bewusst. Nach Meinung der GPK sind diese aber für ein Jahr verkraftbar, vor allem weil sie im Sinne einer Opfersymmetrie alle Bereiche treffen.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Sofortmassnahmen der Gruppe A und B – in den lachsfarbenen Blättern – d.h. die linearen Kürzungen bei den Beiträgen an die Lehrerbildung und bei den übrigen Beiträgen an die Gemeinden lehnt die GPK ab, da es sich um keine Sparmassnahmen, sondern um eine reine Lastenverschiebung bzw. um eine Umlagerung auf die Gemeinden handelt. Im Sinne eines antizyklischen Verhaltens in konjunkturell schwachen Zeiten verzichtet die GPK bei den Investitionen auf einen Kürzungsantrag.

Zu Punkt 3: Warum im jetzigen Zeitpunkt Verzicht auf eine Steuererhöhung? Bei dem hohen Defizit haben wir es einerseits mit einem strukturellen und andererseits aber auch mit einem konjunkturellen Defizit zu tun. Das zeigt sich unter anderem in den rückläufigen Ertragsanteilen des Bundes, z.B. beim Anteil der direkten Bundessteuer, wo wir 4.5 Millionen Franken weniger erhalten werden. Nach Meinung der GPK ist es gesamtwirtschaftlich ungünstig, in konjunkturell schwachen Zeiten die Steuern zu erhöhen, bevor alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Ausserdem ist die Finanzlage unseres Kantons dann doch nicht dermassen alarmierend, dass uns ab sofort gar kein Handlungsspielraum mehr bleibt. Per Ende 2001 hatten wir immerhin noch ein Eigenkapital von 77.3 Millionen Franken und damit glücklicherweise keine Nettoverschuldung.

Verstehen Sie mich ja richtig, die GPK will den Ernst der Lage auf keinen Fall bagatellisieren, die Finanzplanzahlen für die kommenden Jahre erfüllen auch uns mit echter Besorgnis. Andererseits wurde der Kanton Graubünden in den vergangenen Jahren für sein haushälterisches Handeln vom Bund mit der Höhereinstufung der Finanzkraft und der entsprechenden Herabsetzung der Beiträge immer wieder bestraft. Die GPK ist deshalb der Meinung, dass noch Zeit und Spielraum vorhanden ist, zuerst nach Spar- und Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen und die Gelegenheit zu nutzen, die bestehenden Strukturen zu hinterfragen und sich vielleicht auch von gewissen Aufgaben, Aufgaben die nicht zu den Kernaufgaben des Kantons gehören, zu trennen.

Unsere letzte Steuerrevision mit der Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung kommt erst jetzt zum Tragen. Viele Steuerzahler klagen über die Auswirkungen der erfolgten definitiven Veranlagungen die höhere Steuern bewirken. Jetzt kommen wir bereits wieder mit einer neuen Tranche Steuererhöhung. Frau Widmer wird mir entgegen halten, dass wir uns bei den natürlichen Personen im Vergleich mit den anderen Kantonen durchaus sehen lassen können. Das stimmt, da bin ich ganz ihrer Meinung, aber darüber können wir ja nur froh sein.

Ich komme zum Schluss. Die GPK beantragt Ihnen, auf das Budget einzutreten. Wir wollen nicht einfach das Ganze zurückweisen und dann ohne Budget dastehen. Wir bitten Sie aber, sich für die Anträge der GPK zu entscheiden.

Lardi: Zwei Seelen wohnen in meiner Brust. Die erste ist die Seele des Abgeordneten im Grossen Rat und gleichzeitig des Mitglieds der GPK und die zweite, das können Sie leicht erraten, ist die Seele des finanzgeplagten, um nicht zu sagen, des finanzgeschädigten Gemeindepräsidenten. Ich muss nun versuchen, zwischen diesen beiden Eigenschaften einen Ausgleich zu finden und zwischen den beiden Kräften zu vermitteln. Sicher ist der Kanton mit einer sehr schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, die keine grossen Würfe erlaubt. Diese Situation beunruhigt uns ernsthaft und bereitet uns nicht nur langfristig, sondern auch mittel- und kurzfristig grosse Sorgen. Es ist somit unsere Pflicht, einen möglichst

wirksamen Beitrag zur Eindämmung der Finanzmisere zu leisten und dafür zu sorgen, dass die Finanzen des Kantons endlich saniert werden können. Als Mitglied der GPK aber auch als Bürger dieses Kantons habe ich mich ernsthaft mit der Frage der Steuererhöhung beschäftigt, weil wir ehrlicherweise sagen müssen, nur mit Sparen ist das Problem nicht zu lösen. Aber die alles andere als befriedigende allgemeine wirtschaftliche Lage des Kantons, vor allem der Randregionen, das möchte ich betont haben, darf nicht noch mehr strapaziert werden. Abgelegene periphere Talschaften haben mit etlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie finden den Anschluss an den Rest des Kantons nicht. Sie sind nicht mehr in der Lage, die nötigen Investitionen zu tätigen und kurbeln dadurch die Abwanderung noch mehr an. Diese Talschaften sind auch nicht mehr bereit, zusätzliche finanzielle Lasten zu tragen. Sie können es gar nicht mehr.

Ich komme aus einer Talschaft, die in den letzten Wochen im Vergleich mit anderen Gegenden alles in allem bei den Folgen des Unwetters mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Aber ganz ungeschoren kamen auch wir nicht weg. Vor allem wenn ich daran denke, dass wir vor zwei Jahren Schäden in Millionenhöhe zu verkraften hatten und viele dieser Wunden noch nicht geheilt sind.

Von den finanziellen Sorgen eines Gemeindepräsidenten könnte ich Ihnen ein Lied singen. Wahrlich nicht eine fröhliche Melodie, sondern viel eher einen Trauermarsch. In Anbetracht dieser Situation kann ich zu einer Steuererhöhung von 10 Prozent nicht Ja sagen. Ich könnte auch einer im Ausmass weniger drastischeren Steuererhöhung nicht Ja sagen. Steuererhöhungen in diesem Moment sind das falsche Rezept für die Wirtschaft im Allgemeinen, aber vor allem für ganz bestimmte Gegenden und Gemeinden, die gegen Schwindel erregende Finanzplanungen und Voranschläge zu kämpfen haben und über überhaupt kein Geld mehr verfügen, um die nötigen Investitionen zu tätigen.

Erlauben Sie mir, auch zu erwähnen, dass praktisch alle Gemeinden noch die schwer zu verdauenden Folgen der Pensionskassensanierung zu verkraften haben.

Dass Sie uns Sparmassnahmen vorschlagen, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, werte Mitglieder der Regierung, kann ich Ihnen als besorgte Finanzministerin und als Staatsmänner nicht verübeln. Dass Sie aber auch den wirtschaftlich angeschlagenen Regionen eine Rosskur verpassen wollen, liegt weit ausserhalb von meinem Verständnis. Ich sage es nicht als Gemeindepräsident, sondern als Mitglied der GPK: Sparen auf dem Buckel anderer ist auch politisch nicht fair, es ist überhaupt keine Sparübung, sondern es ist nur eine Umlagerung von Lasten. Dies entspricht aber nicht dem Grundgedanken der Solidarität und dem Grundgedanken eines gesunden und wünschenswerten Lastenausgleiches.

Eine andere, eine letzte Bemerkung hätte ich in diesem Zusammenhang noch anzubringen: Der Vorschlag der GPK beinhaltet unter anderem auch die lineare Kürzung der Beiträge an verschiedene Institutionen, die den Gemeinden sehr nahe liegen. Wenn dem Antrag der GPK zugestimmt wird, werden auch die Gemeinden unter vermehrten finanziellen Druck kommen. Es ist anzunehmen, dass gerade die Gemeinden diese zum Teil nicht unwesentlichen Ausfälle ausgleichen müssen. Ich nenne nur ein Beispiel: Wenn die Sing- und Musikschulen eine lineare Kürzung in Kauf nehmen müssen, werden ganz bestimmt die Gemeinden in diese Lücke springen müssen. Damit will ich nur sagen, dass auch die Gemeinden aufgerufen sind, die finanziellen Sorgen des Kantons mitzutragen. In diesem Sinne sind auch die Gemeindevertreter in diesem Rat bereit, einen nicht bescheide-

nen Beitrag zu leisten, damit der Kanton seine Finanzen ins Lot bringen kann. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen den Antrag der GPK zu unterstützen und auf diesen Antrag einzutreten.

Nigg: Aufgrund des Gesetzes über den Finanzhaushalt ist das Haushaltsgleichgewicht mittelfristig sicher zu stellen. Diesen Grundsatz hat der Grosse Rat, da sind wir uns einig, bei etlichen Entscheiden vergessen, die in den letzten Jahren gefällt wurden. Er hat ihn beispielsweise auch vergessen – erlauben Sie mir zu Beginn der Debatte diese Bemerkung, insbesondere auch wenn ich an den gestrigen Entscheid im finanzstarken Kanton Zug denke – als auf Antrag der Regierung noch im letzten Frühling einen Kredit von über einer Million Franken für den Kauf von Crossairaktien bewilligt wurde. In der gleichen Session wurde übrigens auch eine Parlamentsreform beschlossen, die wir heute aus Spargründen liebend gerne zumindest teilweise rückgängig machen oder wenigstens verschieben würden. So gut, wie wir nicht kurzfristig Ausgaben beschliessen sollten, so gut ist auch eine gewisse Weitsicht bei Massnahmen zur Haushaltssanierung. Was Weitsicht ist und wie diese Weitsicht aussehen soll, darüber sind sich GPK und Regierung nicht einig. Immerhin hat auch die GPK sich sehr intensiv mit dem Budget 2003 und der Finanzlage des Kantons auseinander gesetzt. Sie hat versucht, einen Vorschlag auszuarbeiten, der keinesfalls, wie das von Kritikern behauptet wird, einen Schnellschuss darstellt. Er ist auch nicht ein Allerheilmittel, aber vielleicht doch ein Vorschlag, der, wie wir meinen, ein richtiger und wichtiger Schritt zur Sanierung des Finanzhaushalts des Kantons ist. Mit diesem Vorgehen, wonach zuerst die Sparmöglichkeiten auszuschöpfen sind und erst dann über Steuererhöhung diskutiert werden kann, sind wir nämlich gezwungen, das Sanierungsprogramm ernst zu nehmen und wir können die Frage einer Steuererhöhung unter einem erweiterten Gesichtspunkt beurteilen.

Zur Beurteilung des Budgets 2003 und der Finanzlage gehört auch eine richtige Beurteilung der Verbuchungskriterien. Wenn nämlich der Kanton bereits die Rechnungstellung der Steuern verbuchen würde, wie dies die meisten Gemeinden nach den Grundsätzen des NRM, des neuen Rechnungsmodells tun, würde sich zwar nicht die Liquidität verbessern, aber wir hätten genau ein um den budgetierten Betrag aus Steuereinnahmen vergrössertes Eigenkapital. Es wäre also um rund 365 Millionen Franken grösser, als es jetzt ausgewiesen wird. Wir könnten dann sogar noch eine Rückstellung von rund 300 Millionen Franken für anfallende Pensionskassenausfinanzierungen bilden und hätten immer noch genügend Eigenkapital. Diese Verbuchungsart der Steuereinnahmen, welche das Bild doch etwas verfälscht, bringt es auch mit sich, dass für die Budgetierung im Jahr 2003 nicht die diesjährigen Steuererträge einfach hochgerechnet werden können, sondern es ist so, dass die „Soll-verbuchten“ Gemeindesteuererträge dieses Jahr das nächstjährige Kantonssteuerergebnis besser widerspiegeln. Und hier, da gehen mit mir wohl fast alle Gemeindevertreter einig, liegt noch einiges drin, selbst wenn wir, und das finde ich wichtig, am budgetierten Steuerertrag des Kantons nicht herumschrauben und nicht herumörgeln wollen.

Mit diesen zwei Beispielen wollte ich Ihnen nur aufzeigen, dass übereiltes Handeln im Moment wohl fehl am Platz ist. Dies u.a. schon darum, weil sich die Bündner Wirtschaft, es ist gesagt worden, in einer schwierigen Phase befindet. Immerhin hat der grösste Teil der KMU im Kanton noch die Rechtsform einer Personengesellschaft und würde vom vor-

geschlagenen Rabatt für juristische Personen nicht profitieren, sondern ihre Rahmenbedingungen würden sich verschlechtern. Ich meine, wir müssen und können uns Zeit für richtige Strukturreformen lassen und versuchen, die Staatsquote zu vermindern. Wir müssen dann allerdings auch die Regierung in ihren Sparbemühungen unterstützen. Anschliessend können wir allenfalls die Diskussion über die Steuererhöhung und über deren Höhe führen. In diesem Sinne ersuche ich Sie, auf das Budget 2003 einzutreten und anschliessend die Vorschläge der GPK, wie sie von der Präsidentin vorgestellt wurden, zu unterstützen.

Suter: Ich spreche nicht zum roten GPK-Papier aber ich nutze die Gelegenheit der Eintretensdebatte. Weil ich nämlich noch nicht weiss, ob es zu einer Detailberatung kommen wird oder nicht, melde ich mich bereits während dieser Eintretensdebatte.

Mit der Parlamentsreform, die unser Parlament im März dieses Jahres verabschiedet hat, wurde die Gelegenheit wahrgenommen, die Taggelder anzupassen. Im Bericht und im Antrag der Kommission an den Grossen Rat ist zu lesen: „Aufgrund von Quervergleichen mit kantonalen Behörden und Parlamenten anderer Kantone ist es gerechtfertigt, die Entschädigung für die Mitglieder des Grossen Rates anzuheben. Der zeitliche Aufwand für die Ausübung eines Grossratsmandates ist erheblich, insbesondere für Ratsmitglieder, die regelmässig in ständigen und nicht ständigen Kommissionen mitwirken. Dieser Aufwand lässt sich heutzutage nicht mehr unter dem Titel „Ehrenamt“ abbuchen. Die Attraktivität des Grossrats-Amtes muss auch unter finanziellen Aspekten erhalten bleiben. Es darf nicht dazu kommen, dass sich nur noch ein kleiner Personenkreis die Übernahme eines solchen politischen Mandates leisten kann oder will. Auf der anderen Seite soll aber auch im Entschädigungsbereich der Milizcharakter zum Ausdruck kommen.“ Zitat Ende. Diesen Ausführungen möchte ich nichts beifügen, sie sind richtig.

Bei der Detailberatung von Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates wurden die sachlichen Argumente Pro und Contra für eine Erhöhung aufgezeigt und diskutiert. Sie können sie alle auf den Seiten 720 ff. des Grossratsprotokolls der Märzsession nachlesen. Sie haben sich in der Zwischenzeit nicht geändert und werden von mir deshalb auch nicht wiederholt. Die Parlamentsreform ist mit 87 zu 1 vom Grossen Rat beschlossen worden, die Taggelderhöhung mit ihr.

In einer frühen Phase der Budgetberatung im Finanzausschuss der Geschäftsprüfungskommission und danach auch in der Gesamt-GPK wurde die Parlamentsreform thematisiert. Aufgrund der Ausführungen von Kanzleidirektor Claudio Riesen kam die GPK zur Überzeugung, dass das Projekt Parlamentsreform zeitlich nicht verschoben werden kann, sondern der Zug hier bereits fährt, denn die Stellen im Ratssekretariat sind besetzt, die Vorarbeiten sind in Angriff genommen worden, der Terminplan fürs Jahr 2003 mit der neu beschlossenen Sessionsverteilung steht und nur so kann dem eigentlichen Anliegen der Parlamentsreform, der Stärkung des Parlaments, rechtzeitig entsprochen werden.

Anders sieht es bei der Taggelderhöhung aus. Diese könnte nach Absprache mit der Standeskanzlei ohne Revision der Verordnung, nämlich durch einen Direktbeschluss des Grossen Rates um ein Jahr zurückgestellt werden. Statt auf Mai 2003, wie beschlossen, beispielsweise auf Mai 2004. Unter dem Titel „Mögliche Sofortmassnahmen“ auf Seite A98 des lachsfarbenen Teils listet die Regierung als mögliche Sofortmassnahme auch einen Projektaufschub auf. Die Parla-

mentsreform ist ein neues Projekt, die Taggelderhöhung muss weder rechtlich noch politisch zwingend umgesetzt werden.

Ich weiss, dass ich nicht nur Freunde und Anhänger für meinen Vorschlag habe. Der Verzicht auf die Taggelder entlastet das Budget auch nicht entscheidend. Es handelt sich aber immerhin um eine viertel Million Franken. Doch ich sehe darin ein Zeichen gegenüber dem Stimmvolk, das über die Kantonsfinanzen orientiert ist und aus den Medien von der geplanten Steuererhöhung erfahren hat und das weder dazu noch zu den Taggeldern des Grossen Rates etwas zu sagen hat. Ich erachte es aber auch als Zeichen gegenüber der Verwaltung, die in den letzten und in den kommenden Monaten zum Sparen im grossen Ausmass aufgefordert ist und als Zeichen gegenüber den Mitarbeitern in dieser Verwaltung, die ebenfalls ihre Opfer zu bringen haben. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich unser Kanton befindet, muss das Parlament, meine ich, mit gutem Beispiel voran gehen und ein Zeichen setzen. Ich bitte Sie, meinen Vorschlag zu unterstützen. Wie und wann darüber abgestimmt wird, muss der Landespräsident entscheiden. Ich kann das hier nicht sagen, weil ich wirklich noch nicht weiss, ob es zu einer Detailberatung kommt oder nicht. Falls es zu einer Detailberatung kommt, werde ich mich unter dem Titel Grosser Rat bei Position 3000, Taggelder, noch einmal melden und den Antrag nach vorne bringen. Ich hoffe, Sie werden mich unterstützen und danke Ihnen dafür.

Schütz: Die bereits vor drei Jahren angekündigten Budgetentwicklungen haben sich leider nicht wie ein böser Traum aufgelöst, im Gegenteil. Die Rahmenbedingungen haben sich deutlich zu Ungunsten des Budgets 2003 verändert. Die Zeichen für eine Erholung der gesamten Wirtschaft lassen eher auf eine länger dauernde Rezession schliessen. Die negativen Prognosen werden noch verstärkt zu einer Wirtschaft führen, die ihre Verantwortung für die Allgemeinheit nicht wahrnimmt und nur an sich und ihr Portemonnaie denkt. Die Auswirkungen sind uns bekannt. Betriebsschliessungen und der Abbau von Arbeitsplätzen haben in unserem Land die Arbeitslosenzahlen ansteigen lassen. Ein unerfreulicher Trend.

Es haben aber noch andere Faktoren zu den negativen Entwicklungen beigetragen. Ich nenne drei Gründe.

1. Seit 1986 wurden verschiedene Steuersenkungen für juristische und natürliche Personen vom Grossen Rat beschlossen. Insgesamt entgingen der Staatskasse dadurch 116 Millionen Franken.
2. Die Gesundheitskosten werden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen um 21.7 Millionen Franken Mehrausgaben ansteigen. Dazu haben auch der Bundesgerichtsentscheid betreffend Beteiligung der Kantone an den Kosten für ausserkantonale Hospitalisation für Halb- und Privatversicherte beigetragen.
3. Die Beiträge an die Sozialversicherung um 10.9 Millionen, die Beiträge an die Hochschulen haben um rund 2.6 Millionen Franken zugenommen.

Die Punkte 2 und 3 zeigen, dass das Ausgabenwachstum im Wesentlichen auf wenig beeinflussbare Faktoren zurückzuführen ist und nicht, wie zum Teil von den ausserparlamentarischen Kreisen und in den Medien moniert, durch eine unverantwortliche Ausgabenpolitik des Grossen Rates. Der SP-Fraktion ist es ein Anliegen, wie jeder anderen Fraktion dieses Rates auch, dass der Staatshaushalt im Gleichgewicht gehalten werden kann. Dies nicht zuletzt darum, weil damit die sozialen Aufgaben nicht abgebaut werden, sondern er-

halten werden können. Es ist jedoch das richtige Mass zu finden, das sozial verträglich ist und in einer rezessiven Phase nicht zusätzlich unverantwortbare prozyklische Impulse setzt und damit die Arbeitsplätze in der kantonalen Verwaltung gefährdet. Das bedeutet, der Situation angepasste und verantwortungsvolle Entscheide dieses Rates. Unsere Zeit krankt an der irrationalen Furcht vor der Tat und dem ebenfalls irrationalen Mut zu unterlassen. Es wird immer schwerer, etwas zu tun und immer leichter, etwas zu verhindern.

Die Entwicklung des Budgetdefizits in den nächsten Jahren lässt, trotz der geplanten grossen Spar- und Abbaubemühungen keinen Zweifel offen, dass es ohne Steuererhöhung nicht geht. Unser Finanzhaushaltsgesetz lässt gar nichts anderes zu. Oder glauben Sie im Ernst, dass wir hundert und mehr Millionen einsparen können? Dies würde nur mit einem rigorosem Abbau von Leistungen gehen und ob das im Sinn der Angestellten, des Gewerbes, der ganzen Volkswirtschaft und nicht zu vergessen, der peripheren Gebiete und des Kantons wäre, bezweifeln wir sehr.

Die SP-Fraktion hat sich bei der Vorbereitung der Session mehrheitlich für die von der Regierung empfohlene Steuererhöhung ausgesprochen. Sparen effizient und punktuell, ja sogar ein Verzicht auf Leistungen der öffentlichen Hand können diskutiert werden und machen auch Sinn. Aber machen wir uns doch keine Illusionen, wenn es konkret um Abbaumassnahmen geht, wird sich dann zeigen, wie vieles politisch schlicht und einfach nicht machbar ist. Die Mehrheit der Sparmassnahmen werden vor allem die untere Bevölkerungsschicht der Randregionen und der peripheren Gebiete treffen, z.B. auch die Gruppe der Ergänzungsleistungsbezüger ohne Rückstellungen. Die mehrheitlich vorgeschlagenen Sparmassnahmen sind volkswirtschaftlich ein Bumerang. Dem Staat müssen genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er die an ihn übertragenen Verpflichtungen erfüllen kann.

Ich denke, dass es Ihnen, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen bekannt sein dürfte, dass der Konsum, der Motor Nummer 1 unserer Wirtschaft ist. Die SP-Fraktion wehrt sich entschieden gegen die Punkte 3.1.1 und 3.1.2 des Antrages der GPK, mit welchen der Personenaufwand der laufenden Rechnung um 2.5 Prozent gekürzt werden soll. Schlussendlich kann dieses Ziel wohl nur mit Personalabbau erreicht werden und zudem macht es wenig Sinn, die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Verwaltung zu vermindern.

Die Regierung beabsichtigt, den Teuerungsausgleich mit 0.5 Prozent für das kantonale Personal auszugleichen. Wir hoffen, dass sich die Regierung analog dazu für den gleichen Teuerungsausgleich beim Personal der RhB stark macht.

Bei der Ankündigung der Steuererhöhung hat sich die SP-Fraktion als einzige hinter den Antrag der Regierung gestellt. Wussten Sie bei Ihrer Entscheid, die Steuererhöhung nicht zu akzeptieren, dass sich die Steuerbelastung für natürliche Personen im Kanton Graubünden bei einem Bruttoeinkommen von 50'000 Franken auf dem hervorragenden zweiten Rang befindet und bei einem Einkommen von 100'000 Franken auf dem beachtlichen sechsten Rang aller 26 Kantone?

In der heutigen Situation sind Fragen der Mehreinnahmen zu stellen. Abgeltungen von Leistungen an Dritte sind seit Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst worden. Der Gewinn der GKB könnte auch zu Gunsten des Kantons erhöht werden. Der Tourismuskanton Graubünden ist auf eine gute Infrastruktur und modern ausgerüstete Bahnen angewiesen. Das Rollmaterial muss modernisiert und Emissionen müssen vermindert werden. Der RhB sind deshalb genügend Mittel

zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht der grossen Schäden, die die Unwetterkatastrophe verursacht hat, stellt sich die Frage, ob nicht der Bahn mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Juon: Aufgrund des angespannten Finanzhaushaltes war erkennbar, dass der Voranschlag 2003 kaum erfreuliche Zahlen liefern wird. Handlungsbedarf ist seit einiger Zeit angesagt. Das hat sich mit der Überweisung des Vorstosses Casanova den Finanzhaushalt bzw. die gesamte Verwaltung einer generellen Überprüfung mittels einer Aufwand- und Strukturanalyse zu unterziehen, angezeigt. Bei einem Aufwandüberschuss von 75.4 Millionen müssen die Alarmglocken läuten. Wir von der FDP-Fraktion haben deshalb volles Verständnis für die Regierung, wenn Sie uns aus ihrem Verantwortungsbewusstsein heraus die vorliegende Diskussionsgrundlage zur Wiedererlangung des Haushaltgleichgewichtes verbunden mit einer zehnprozentigen Steuererhöhung unterbreitet. Für den Grossen Rat stellt sich jedoch die Frage, ist es der richtige Zeitpunkt, und ist es der richtige Weg?

Die GPK ihrerseits hat sich mit diesem Problem ebenfalls intensiv auseinandergesetzt. Dies können wir dem ausführlichen Bericht entnehmen. Wir möchten es nicht unterlassen, der GPK für ihre aufschlussreiche Arbeit bestens zu danken. Für unsere Entscheidungsfindung, vorab in der Frage der Steuererhöhung ja oder nein, finden wir dazu wertvolle Hinweise. Die Willensäusserung an das Parlament ist klar, wonach vorerst die Aufwandsseite unseres Finanzhaushaltes einer kritischen Überprüfung bedarf. Dies hat meines Erachtens zu erfolgen, bevor wir an der Steuerschraube drehen.

Es ist in unserer Fraktion klar, dass eine Reorganisation nicht durchgeführt werden kann, ohne Schmerzen auszulösen. Unseres Erachtens ist es aber falsch, vorerst Einnahmen mittels einer Steuererhöhung zu generieren, bevor wir wissen, wie viel Einsparungen möglich sind.

Folgende Gründe bewegen uns deshalb, den Anträgen der GPK zuzustimmen:

- Der Wille des Parlaments, eine Aufwand- und Struktur-analyse im kantonalen Finanzhaushalt durchzuführen, ist zu respektieren.
- Die effektiven Auswirkungen in Bezug auf die Steuereinnahmen aus der letzten Steuergesetzesrevision sind zurzeit noch nicht vollends bekannt. Wenn unser Eigenkapital auch schmilzt, so besteht im Moment kein Grund, übereilig eine Steuererhöhung vorzunehmen. Sie haben das auch von Ratskollege Nigg vernommen.
- In Anbetracht, dass die Zinsen auf dem Kapitalmarkt zurzeit sehr günstig sind, schaffen wir uns noch keine finanzpolitischen Sachzwänge.
- Die Sanierung unseres Finanzhaushaltes kann unter Druck besser gelöst werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich im Grossen Rat wieder Seilschaften zur gegenseitigen Besitzstandsbewahrung bilden werden. Dieser Spruch kommt nicht von mir, sondern von Herrn Regierungsrat Engler. Das wollen wir aber gerade nicht.

Im Strategiepapier zur Wiedererlangung des Haushaltgleichgewichtes sind gute Ansätze vorhanden, allerdings müssen wir aufpassen, dass wir die Finanzen der Gemeinden nicht zu stark strapazieren. Ein Kanton mit Zukunft muss seine Finanzen in den Griff bekommen. Doch bevor die Steuern erhöht werden, sind unsere Strukturen zu überprüfen. Wir sind für Eintreten auf die Vorlage.

Tscholl: Das Budget ist unbefriedigend. Das ist aber nur zum Teil überraschend. Bereits im Finanzplan 2002/2005 wurde die Entwicklung aufgezeigt, nämlich:

- für das Jahr 2002 ein Defizit von 56 Millionen – budgetiert
- dann 37.8 Millionen, für das Jahr 2003 – prognostiziert, das Budget lautet auf 74.4 Millionen,
- für 2004 sind es 93 Millionen und
- für 2005 insgesamt 89 Millionen.

Wer ist verantwortlich für diese Entwicklung? Zum grossen Teil ist es der Grosse Rat. Denn wir beschliessen immer neue Ausgaben, indem wir Aufgaben dem Kanton übertragen. Wir machen immer neue Vorstösse, allen voran die SP, welche Kosten verursachen. Nur so nebenbei, wir haben in der Südostschweiz vom 21. November 2002 lesen können, dass Fraktionschef Arquin von der SP vorrechnete, dass jährlich fast 100 Millionen und nach dem Votum von Grossrat Schütz von heute sogar 116 Millionen Steuerreduktionen bewilligt wurden. Dies würde in den letzten 16 Jahren 1.6 Milliarden und mit Zinsen etwa 2 Milliarden ausmachen. Das Geld wäre natürlich wie üblich umverteilt geworden.

Aber ich frage den Grossen Rat, wann haben wir eine Steuerreduktion von 25 Prozent für natürliche Personen beschlossen? Der Anstieg der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen beweist eigentlich das Gegenteil und bekanntlich ist unser letzter Platz bei den juristischen Personen eine Tatsache.

Zurück zum Budget: Auf Antrag der GPK soll nun eine pauschale Kürzung von 20 Millionen beschlossen werden. Ich habe mich sehr intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt – das können Sie mir glauben. Es sind Sparmöglichkeiten vorhanden und ich habe auch eine Auflistung bereit. Ich bin aber durchaus bereit, dem Vorschlag der GPK zuzustimmen, auch in Bezug auf die Steuererhöhung. Sie erinnern sich, dass ich die GPK und ihre Berichte nicht mit Samthandschuhen anpackte und auch reklamierte, dass jeweils keine oder nur substanziiell magere Berichte zum Budget und zur Rechnung abgeliefert wurden. Für das Budget 2003 wurde nun aber ein Bericht erstellt, der Hand und Fuss hat. Ich möchte der GPK dafür doch einmal meinen Dank aussprechen.

Nun vier Punkte zum Budget:

1. Ich bin der Ansicht, dass an den Einnahmen nicht herumgeschraubt werden sollte, weil die so oder so kommen, obwohl nach meiner Ansicht und Berechnung der Steuerertrag bei den natürlichen Personen bis zu 20 Millionen höher ausfallen wird. Dies aufgrund des neuen Steuergesetzes einerseits, andererseits wegen der Ausfalljahre, die wir hatten, wegen der in diesen Jahren angefallenen Teuerung und dann wegen der Gegenwartsbemessung.
2. Wir haben im Budget einen ausserordentlichen Aufwand von etwa 11 Millionen. Es wurde schon erwähnt, die Ski-WM mit 2 Millionen, die Fachhochschulen mit 3.5 Millionen, die Gesundheitsschule mit 2.3 Millionen, Fusionskosten Bildungszentrum 1 Millionen, Gesundheitsamt Restbudgetbeiträge 2002 2 Millionen, das sind wiederum 11 Millionen.
3. Die Entwicklung der Kostenüberschüsse bzw. der Mindererträge bei den GRiforma-Projekten kann nicht akzeptiert werden, ich wiederhole, kann nicht akzeptiert werden. Das ist eine absolut unmögliche Situation. Diese Projekte scheinen sich zum Fass ohne Boden zu entwickeln. Hier ist bei den Sparvorschlägen eindeutig der Hebel anzusetzen, auch unter Abbau von Leistungen, denn Perfektionismus, Formalismus und Bürokratie können wir uns nicht mehr leisten.

4. Wir haben tatsächlich noch ein buchmässiges Eigenkapital von einigen 10 Millionen. Substanzmässig haben wir aber eine wesentlich höhere Eigenkapitalquote. Ich denke da z.B. an die Beteiligung der Graubündner Kantonalbank, die nominal zu Buche steht, Beteiligung Rätia Energie oder wie schon erwähnt durch Grossrat Nigg, die Steuern, die rechnen wir immer ein Jahr später ein. Die Gemeinden nehmen die Steuern 2003 im 2003 ein, der Kanton nimmt diese erst im Folgejahr erfolgswirksam in die Rechnung auf.

Den Vorschlag von Ratskollegin Suter betreffend Verschiebung der Erhöhung unseren Taggelder kann ich unterstützen. Es war eigentlich auch eine Idee, die ich gerne vorgebracht hätte. Dies auch als Zeichen. Selbstverständlich bin ich für Eintreten.

Trachsel: Wir sind finanzpolitisch an einem Kreuzungspunkt angelangt. Ich glaube, wir sind auch nicht überrascht, selbst wenn wir es bei den Finanzplänen in den letzten Jahren teilweise gerne verdrängt haben. Ich glaube es ist der Zeitpunkt gekommen, in dem wir neue Weichenstellungen vornehmen müssen. Es ist wenig erfreulich, wenn wir feststellen müssen, dass nicht nur Graubünden, sondern auch andere Kantone und der Bund gleiche Probleme haben. Es ist ein klares Zeichen dafür, dass hier strukturelle Probleme zu bewältigen sind. Die GPK-Präsidentin Agathe Bühler hat denn auch klar aufgezeigt, dass wir zwar eine Mitschuld tragen, indem wir in den letzten Jahren höhere Ausgaben bewilligt haben, aber der grösste Teil der höheren Ausgaben doch durch Bundesbeschlüsse bewirkt wurden.

Ich glaube, es ist auch sehr wichtig, dass wir gegenüber dem Bund festhalten, dass die Politik, die er in den letzten Jahren betrieben hat, ganz massgeblich zu diesen strukturellen Problemen beigetragen hat. Denken wir nur an das Gesundheitswesen, die universitäre Bildung, den Umweltschutz, an Sozialleistungen usw. Für mich ist es klar, dass die bisherigen Systeme der Budgetbehandlungen und Kürzungen nicht mehr weiter helfen. Wir können nicht mehr überall ein bisschen kürzen, weniger Ausgaben bewilligen, die bisherigen aber stehen lassen, Investitionen und Beiträge kürzen, dem Personal die Teuerung nicht ausgleichen usw. Solche Systeme helfen uns heute nicht mehr weiter. Vor allem nicht, wenn wir mittel- und langfristig denken. Ich bin der Meinung, dass wir uns finanzpolitisch neu definieren müssen und wir uns überlegen sollen, welche Aufgaben der Staat wirklich dringend ausführen muss und auf welche – teilweise auch gewohnte – Dienstleistungen des Staates wir verzichten können.

Es ist klar, wir wollen die soziale Marktwirtschaft und wir wollen auch nicht auf Sozialleistungen verzichten, auch wenn wir halt zur Kenntnis nehmen müssen, dass die demografischen Veränderungen bewirken, dass höhere Anteile unserer Staatseinnahmen für diese Bereiche ausgegeben werden müssen. Das heisst ja eigentlich nichts anderes, als dass immer weniger, die arbeiten, immer mehr staatliche Leistungen finanzieren müssen.

Die staatlichen Ausgaben, gesamtschweizerisch gesehen, wachsen um etwa zwei bis fünf Prozent jährlich. Wir haben nicht viele Möglichkeiten, diese höheren Ausgaben zu decken. Wir können Steuern und Abgaben erhöhen – Steuererhöhungen, höhere Lohnprozente, Mehrwertsteuer anheben, höhere Gewinne der Nationalbank auf die öffentliche Hand verteilen oder indirekt staatliche Leistungen gesetzlich festlegen, wie das bei der Krankenkassenprämie der Fall ist. Diesen Weg sind wir seit den Achtziger- und Neunzigerjah-

ren eigentlich recht kontinuierlich weiter gegangen. Die Staatsquote ist denn in der Schweiz auch von 33 auf 38 Prozent gestiegen, die Fiskalquote von 31 auf 36 Prozent ohne Berücksichtigung der Leistungen, die wir für die obligatorische Krankenversicherung aufwenden – durch das Obligatorium müsste sie eigentlich in die Staatsquote eingerechnet werden.

Wenn wir Arbeitsplatzstatistiken anschauen, ist es nicht erstaunlich, dass die grössten Zuwächse die öffentliche Dienstleistung aufzuweisen hat. Wenn wir diesen Weg weiter gehen, werden wir in wenigen Jahren oder in einem guten Jahrzehnt Staatsquoten haben, die, korrekt gerechnet, in den Bereich von 50 Prozent gehen. Das heisst, sehr vereinfacht gesagt nichts anderes, als dass 50 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer beim Staat angestellt sind und die übrigen 50 Prozent die Ausfinanzierung vornehmen müssen. Ob das zum Wirtschaftswachstum beiträgt bleibt für mich zu bezweifeln.

Der dritte Weg den Staat auszufinanzieren, heisst Wirtschaftswachstum. Wenn wir den heutigen Sozialstaat beibehalten wollen, brauchen wir Wirtschaftswachstum. All diese Leute, die vor etwa zehn Jahren Wirtschaftswachstum „Null“ gepredigt haben, müssten heute hier eigentlich sagen, dass sie ihr Ziel erreicht haben. Ich gratuliere Ihnen, Sie haben das Ziel erreicht, „Null“ Wachstum. Was sie uns oder Ihren Anhängern damals eben nicht gesagt haben, ist das, was uns heute im Budget vorgeführt wird – wir müssen Steuern erhöhen oder Leistungen abbauen, das ist so.

Darum müssen wir alles tun, dass wir wieder Wirtschaftswachstum bekommen. Hier hat auch der Staat seinen Beitrag zu leisten. Wir und insbesondere der Bund in seiner Gesetzgebung haben in den letzten Jahren alles getan, um das Wirtschaftswachstum einzudämmen. Wenn wir ehrlich sind, erkennen wir, das Verhindern einer Tätigkeit viel viel einfacher geworden ist, als etwas zu unternehmen. Wir haben eine Gesetzgebung für boomende Wirtschaftsjahre und haben jetzt ein Problem, weil wir nicht wissen, wie wir auf Rezession oder Stagnation reagieren sollten.

Wir müssen Gesetze anpassen, wir müssen Standards abbauen. Ich nenne Ihnen dafür zwei Beispiele, die ich persönlich kenne: Es kann doch nicht sein, dass eine Erneuerung der Konzession des Elektrizitätswerkes St. Moritz zehn Jahre dauert. Wir feiern jetzt dann das zehnjährige Jubiläum und das BUWAL weigert sich weiterhin, das Gesuch dem Bundesrat einzureichen. Schauen Sie, das EW St. Moritz ist kein grosses EW, es produziert ungefähr einen Sechstel des Stromkonsums der Gemeinde St. Moritz. Die Konzession zu erneuern dauert nun aber trotzdem schon zehn Jahre.

Verschiedene von Ihnen hatten sicherlich auch schon das zweifelhafte Vergnügen, für eine Strasse eine Rodung vornehmen zu müssen. Wenn sich dafür über zehn Leute aus Bern und Graubünden versammeln, ist das relativ wenig. Wohl verstanden, das einzige, was in unserem Lande zunimmt ist die Waldzone. Wir betreiben einen Perfektionismus in diesem Lande, den wir uns nur bei boomender Wirtschaft leisten können. Das was wir heute haben, behindert uns. Daran müssen wir arbeiten, denn wir werden letztlich die Probleme nur lösen können, wenn es uns gelingt, gemeinsam die Wirtschaft anzukurbeln und Wachstum zu erzeugen. Das heisst, wir dürfen die Investitionen nicht senken und wir müssen in die Bildung investieren. Das heisst aber auch, wir müssen die Standards senken und wir müssen auch bereit sein, Risiken zu tragen.

Ich könnte hier ein drittes Beispiel nennen, das ich gut kenne. Wir alle wissen, dass wir am Gotthart einen schweren

Unfall hatten. Die Zeitung und die ganze Welt hat darüber berichtet. Wenn Sie jetzt aber 20 Jahre Nationalstrassen nehmen, dann werden Sie feststellen, dass in Tunnelbauten weniger Leute gestorben sind, als auf offenen Nationalstrassenstrecken. Was jetzt aber im Tunnelbau passiert, ist Folgendes: Es werden neue Standards eingeführt, die uns unheimlich viel Geld kosten. Die Frage bleibt, können wir uns das weiterhin leisten? Und hier muss ich sagen, nein! Ich bin für Eintreten, werde dann aber auch für die Anträge der GPK stimmen.

Battaglia: Der Kanton ist finanziell in einem desolaten Zustand. Ich meine, dass da Handlungsbedarf besteht. Wir wissen, dass eine Steuererhöhung von 10 Prozent nur einen Teil des ausgewiesenen Fehlbetrags ausmacht. Für mich ist es selbstverständlich, dass gespart werden muss, nicht zuletzt auch im Parlament, von dem immer wieder Forderungen gestellt und massive kostenwirksame Vorlagen überwiesen werden. Hier muss ein massives Umdenken stattfinden. Ob alles, was mehr kostet, auch besser wird, das wage ich zumindest zu bezweifeln.

In einer Zeit der Geldknappheit ist die Schaffung neuer Stellen gründlich zu überdenken. Stellen mit Personen für besondere Aufgaben sind zu minimieren. Denken wir daran, Sparsamkeit ist zwar eine gute Einnahme, aber es reicht noch nicht. In einer Zeit der Geldknappheit müsste man vielleicht die massiven und hohen Kosten im Zusammenhang mit dem WEF überdenken. Können wir uns all die Sicherheitsmassnahmen noch leisten, die Millionen kosten.

Wenn wir heute nicht den Mut haben, zu einer Steuererhöhung ja zu sagen, gibt es sehr viele Verlierer und das sind sicher die letzten in der Kette der Hierarchie, die Gemeinden – nicht die Finanzstarken, sondern die Landgemeinden, die übergeordnete Erlasse, Gesetze und Verordnungen vollziehen müssen.

Das jüngste Beispiel: Der Vollzug im Zivilstandswesen kostet unsere Landgemeinden seit der Änderung des Bundesrechtes 300 Prozent mehr. Gemeinden im Finanzausgleich sind fast ausschliesslich auf einen finanziell starken Kanton angewiesen. Ich war 20 Jahre Gemeindegassier einer Kleinstgemeinde und weiss wovon ich spreche. Wenn wir die Mehreinnahmen nicht gewähren, ist unschwer zu erraten wo gespart wird – auf dem Buckel der Gemeinden. Was macht die Gemeinde in diesem Fall? Natürlich, die ausbleibenden Kantonsbeiträge müssen auf die wenigen Einwohner abgewälzt werden. Ich frage mich, ist das solidarisch? Sicher ist, die Einwohner dieser Gemeinden werden bedeutend mehr als mit 10 Prozent Steuererhöhung belastet. Die Steuererhöhung soll sicher kein Blankoscheck für den Kanton sein.

Die internen Sparmassnahmen sollen ernsthaft an die Hand genommen werden. Es soll und darf nicht nur eine Sparübung sein. Wir müssen handeln. Jeder Einwohner und jede Einwohnerin unseres Kantons soll im Rahmen seiner Möglichkeiten mithelfen, dass der Kanton Graubünden sich nicht in eine noch grössere Defizitwirtschaft hinein manövriert. Unsere Kinder werden uns dankbar sein, wenn sie auch noch investieren können und nicht nur die Verzinsung und Amortisation der Vorfahren bezahlen müssen. Ich hoffe, dass die Steuererhöhung eine Mehrheit findet. Gleichzeitig bitte ich die hoch löbliche Regierung auf die Kürzung der Beiträge an die Lehrerbildung zu verzichten. Das ist wirklich nur eine Lastenverschiebung.

Jäger: Die tiefroten Zahlen, ich brauche Sie Ihnen nicht noch einmal zu wiederholen, sind für uns alle klar. Auch wenn wir dem Antrag der Regierung auf 10 Prozent Steuererhöhung folgen, lösen wir damit unsere strukturellen Probleme keinesfalls. Den unpopulären Entscheid aber bis nach den nächsten Grossratswahlen zu vertagen bedeutet, unliebsame Tatsachen vorerst zu verdrängen. Unser Parlament würde sich damit wie jener alternde Mensch verhalten, der kaum mehr in den Spiegel schauen mag und somit lieber die Augen vor den unliebsamen Tatsachen verschliesst.

Dass ich, wie mein Vorredner Gion Battaglia, den Antrag der Regierung unterstütze und Sie bitte, beim Entscheid zum Steuerfuss den Argumenten von Frau Regierungsrätin Widmer zu folgen, konnten diejenigen unter Ihnen schon hören, die am 7. November im Stadttheater Chur das jährliche Behördenstück besuchen konnten. Diese Meinung vertrete ich nicht nur deswegen, weil auch das Stadttheater Chur und andere kulturelle Anbieter und Institutionen unter den rigorosen Sparmassnahmen leiden müssen – das müssen Sie leider sowieso.

Ganz generell können wir festhalten, dass jeder Franken, den wir im nächsten Jahr als Kanton ausgeben, oder eben nicht ausgeben, irgend wo in unserem Kanton Arbeit auslösen wird oder eben nicht und somit direkt oder indirekt unsere Wirtschaft fördert oder eben nicht.

Ratskollege Trachsel hat vor kurzer Zeit über das Wirtschaftswachstum philosophiert. Ich sage ihm, Sparrunden sind in aller Regel wirtschaftsfeindlich. Eine Erhöhung der Kantonssteuer um 10 Prozent erhöht die Steuerquote für natürliche Personen als Ganzes um rund 3 Prozent. Mit dem Antrag der Regierung wird zwar etwas Kaufkraft der privaten Haushalte abgeschöpft. Da diese Kaufkraft aber nur teilweise wirklich ausgegeben würde und dies teilweise gar ausserhalb unseres Kantons, beispielsweise mit Ferien in der Karibik, sind die negativen Folgen rigoroser Sparmassnahmen auf die Volkswirtschaft in Graubünden im Endeffekt eindeutig grösser als die positiven. Weil Sparrunden in der Regel die sozial schwächeren Schichten, Ratskollege Battaglia hat es soeben ausgeführt, die Randregionen überproportional treffen und weil sie – wie schon gesagt – letztlich wirtschaftshemmend sind, stimme ich – ohne Begeisterung zwar – aber dennoch überzeugt dem Regierungsantrag zu. Eine Steuererhöhung um 10 Prozent Punkte bringt allerdings – dies wissen auch alle – die Kantonsfinanzen keineswegs ins Lot. Die Steuererhöhung wird erst ab dem Jahre 2004 ertragswirksam. Wenn wir sie um ein halbes Jahr verschieben, dann wirkt der Entscheid erst im Jahre 2005.

Es trifft übrigens die KMU nicht, wie gewisse Vorredner erwähnt haben. Dies stimmt nicht. Auf Seite A98 können Sie sehen, dass der Antrag der Regierung eine Reduktion der Zuschlagssteuer um 10 Prozent vorsieht, um im Bereich der KMU das wieder auszugleichen.

In der Botschaft der Regierung wird deutlich dargestellt, dass sich die extreme Schiefelage unserer Kantonsfinanzen vor allem auf Grund einer eigentlichen Ausgabenexplosion bei den Kantonsbeiträgen an Dritte ergeben hat. Das hat schon Frau Bühler sehr eindrücklich dargestellt. Die Tabelle auf Seite A46 zeigt deutlich, dass die beiden Bereiche Gesundheitswesen und höhere Lehranstalten respektive Hochschulen die Hauptfaktoren dieser negativen Beitragsexplosion ausmachen. In allen Bereichen sind wir nicht einfach machtlos, Frau Bühler. Wir können und müssen, wie anderswo auch, möglichst bald grundsätzliche Entscheide ausarbeiten. Es werden Schnitte nötig sein, schmerzhafteste Schnitte, und zwar unabhängig von der Steuererhöhung. Diese sind aber, auch

wenn man schnell arbeitet, bis im Juni nicht behandlungsreif und vor allem sind sie nicht so schnell wirksam.

Im Gesundheitswesen, um bei diesem Beispiel zu bleiben und ein bisschen zu verharren, laufen die Kosten nicht nur dem Kanton aus dem Ruder. Auch die Gemeinden sind vom extremen Kostenanstieg der Spitäler stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Alle, die in den Gemeinden für die entsprechenden Budgets zuständig sind, wissen wovon ich spreche. Die Erhöhungen der Krankenkassenprämien mit einem Rekordwert für den Kanton Graubünden betreffen die Familien und gehören ins gleiche Kapitel. Ein Grundproblem dieser galoppierenden Kostenexplosion liegt im stetigen medizinischen Fortschritt. Neue Forschungsergebnisse ergeben laufend immer teurere Behandlungsmethoden, immer teurere Medikamente. Im Fünfjahresturnus verdoppelt sich nicht nur das Wissen der Menschheit, auch die Kosten des Gesundheitswesens verlaufen ähnlich steil in die Höhe. Zwar wird unser aller Leben durch diesen Fortschritt durchschnittlich etwas länger dauern und schlimme Krankheiten können vielleicht geheilt oder arge Schmerzen praktisch weggezaubert werden, das System aber, ist immer weniger finanzierbar. In der Schweiz kann jedermann, unabhängig von seinem Portemonnaie, an allen medizinischen Errungenschaften teilnehmen. Dies ist richtig und soll so bleiben. Es muss alles unternommen werden, dass wir nicht, wie dies in anderen entwickelten Ländern langsam Praxis wird, zu einer eindeutigen Zweiklassenmedizin gelangen, wo sich nur noch die reichen Schichten gute Behandlungen leisten können. Weil aber der medizinische Fortschritt nicht stehen bleiben wird und die Kosten folglich auch in den nächsten Jahren exponential weiter steigen werden, können wir uns gerade hier grundsätzlichen Fragen nicht mehr verschliessen. Der Spitalplatz Chur macht glücklicherweise wieder Fortschritt in Richtung einer einheitlichen Lösung. Auch wenn das Modell „eins-eins-drei“, eine Trägerschaft, ein Spital, drei Standorte, möglichst bald und konsequent umgesetzt wird, werden wir die Probleme damit nur zu einem kleinen Teil lösen. In Zukunft müssten wir uns wohl dazu entscheiden, all zu spezielle und teure Spitzenmedizin nur noch in beschränkter Menge in Graubünden anzubieten. Solche Beschränkungsentscheide werden schmerzlich sein und sie sind auch schwierig zu treffen. Sie müssen trotzdem angegangen werden.

Die Spitalplatzgeographie Graubünden und vor allem die Trägerschaftsstrukturen sind im Übrigen auch nach der erfolgreichen Umsetzung des Projektes Spitalplatz Chur immer noch viel zu kompliziert. Auch die Finanzierung ist viel zu kompliziert geregelt. In der Regel entscheiden nicht diejenigen, die dann die Kosten zu tragen haben. Dies müssen wir ändern.

Nicht nur um Kosten zu sparen, plädiere ich generell zu einem Überdenken der Entscheidungsstrukturen in unserem Kanton. Ähnlich wie beim Projekt neuer Finanzausgleich des Bundes, zu welchem kürzlich unser Rat orientiert wurde, sollte ein innerbündnerisches Entflechtungsprojekt gestaltet werden. Im Bereich des Gesundheitswesens sollten wir z.B. zu einem System kommen, in welchem der Kanton generell und alleine für die Spitalversorgung zuständig ist und auch entscheidet. Die Gemeinden könnten im Gegenzug ebenfalls alleine für die Investitionen im Pflegebereich, sprich für die Aufwendungen der Alters- und Pflegeheime zuständig sein usw.

Zurück zur Hauptfrage Steuererhöhung: Als Gemeindevertreter habe ich mich, wie mein Vorredner Gion Battaglia auch, natürlich über den Satz im rosa Blatt der GPK gefreut,

den wir auf Seite 4 finden, wonach nach Ansicht der GPK auf eine Lastenverschiebung vom Kanton auf die untere staatliche Ebene, d.h. auf die Gemeinden möglichst zu verzichten sei. Diesen Teil des Regierungssparprogramms wegzunehmen, und dies ist gut so, andererseits aber vorläufig auf die dringenden Mehreinnahmen zu verzichten, bedeutet in concreto, dass die Schere des Handlungsbedarfes immer grösser wird. Wer so handelt, setzt sich letztendlich auf seine eigenen Hände. Die Möglichkeit, zu Handeln wird kleiner, Spielräume für Alternativen werden immer schmaler und zum Schluss sind keine mehr vorhanden.

Ich komme zum Schluss. Auch ich bitte Sie, einzutreten und dann beim entscheidenden Antrag der Regierung zuzustimmen.

Cavigelli: Angesichts der uns bekannten Basisdaten, insbesondere über die Finanzperspektiven für die Jahre 2004 ff. verwundert es natürlich nicht, wenn die Regierung – operativ für unseren Staat verantwortlich – einer gewissen Nervosität verfällt und wir Parlamentarier und mit uns die Bevölkerung sowie die Vertreter von Gemeinden und Wirtschaft verunsichert darüber sind, wie es nun weitergeht. Das eigentlich Beunruhigende liegt aber nicht darin begründet, dass sich die wenig verheissungsvollen Basisdaten bereits vor ein bis zwei Jahren anzukünden begannen und sie sich hier und heute nur bestätigen, sondern dass der Kanton im Grunde genommen nicht darauf vorbereitet ist.

Die Situation erhält zudem eine Note pikant makaberer Ironie, wenn der Stand der Beratung der Kantonsverfassung mitberücksichtigt wird. Wir werden noch in dieser Session darüber diskutieren und entscheiden, ob die Kantonsverfassung die Staatsaufgaben schlank oder vollschlank umschreiben soll. Und wir wissen aber schon jetzt, dass es nicht sicher ist, ob wir all diese Aufgaben künftig noch finanzieren können und ob sie nicht schon mit Wirkung ab sofort, d.h. spätestens ab dem Jahre 2004 kräftig zu redimensionieren und teils sogar ganz zu streichen sind. Die Finanzkrise des Kantons trifft uns nicht unerwartet, aber ungewappnet und das bereitet Sorge. Immerhin, so weit sei Galgenhumor erlaubt, bleibt uns allen genau noch ein Jahr Zeit, bis die Schuldenbremse gemäss FAG ihr lineares Kürzungsgemetzle zu verrichten beginnt. Diese Zeit gilt es zu nutzen ohne Hektik und Agitismus, aber mit Abgebrühtheit. Mit einer Abgebrühtheit, die von den finanziellen Möglichkeiten ausgeht und die von politischem Anstand getragen werden muss. Es ist schwierig, generell zu erklären, welche einzelnen Sparmassnahmen angesichts der besonderen Umstände noch als politisch anständig zu qualifizieren sind.

Ich möchte mit Blick auf die im Juni 2003 zu führende Haushaltsanierungsdebatte aber dennoch versuchen, einige provisorische Leitplanken zu setzen.

- Es ist angesichts der Finanzhaushaltskrise meines Erachtens nicht politisch unanständig, mit einer Steuererhöhung zuzuwarten, bis nachhaltig wirkende Sparkonzepte ausdiskutiert und verabschiedet sind. Ich bin daher auf der Linie der GPK. Ich habe diese Meinung schon vertreten, bevor sie Antrag der GPK geworden ist.
- Es ist meines Erachtens angesichts der Finanzhaushaltskrise zudem nicht politisch unanständig, wenn Einzelsparmassnahmen vor allem nach dem Katalog der zahlreichen Staatsaufgaben hinterfragen. Ich bin daher dafür, jede einzelne Staatsaufgabe, sei sie jung oder althergebracht oder noch gar nicht beschlossen, auf ihr Verhältnis zwischen politischem Nutzen und den Kosten zu überprüfen und die politisch wenig wirkungsvollen und die

- politisch wenig gewichtigen Staatsaufgaben „nolens volens“ ganz zu streichen.
- Es ist weiter, angesichts der Finanzhaushaltskrise meines Erachtens nicht politisch unanständig, wenn Einzelsparmassnahmen auch den Leistungsstandard, den wir von den Leistungen der öffentlichen Hand erwarten, in Frage stellen. Ich bin daher dafür, dass Normen und Standards, welche der Kanton bei seiner eigenen Tätigkeit beachtet und aber auch bei der Tätigkeit der Gemeinden voraussetzt, z.B. bei der Subventionierung, generell senkt, zumindest aber flexibilisiert.
 - Es ist meines Erachtens angesichts der Finanzhaushaltskrise sodann nicht politisch unanständig, wenn Einzelsparmassnahmen beispielsweise im Bereich des Beitragswesens die Autonomie der Subventionsbezieher stärker einschränkt. Ich bin daher dafür, dass der Kanton im Bereich des Beitragswesens einzelne Leistungserbringer zur Kooperation mit Nachbargemeinden, Nachbarinstitutionen und dergleichen zwingen können soll und der Kanton insgesamt Druckinstrumente für eine dezentrale Regionalisierung erhalten soll.
 - Auch ist es angesichts der Finanzhaushaltskrise, um einen letzten Gedanken einzubringen, meines Erachtens nicht politisch unanständig, wenn der Kanton eine gewisse Opfersymmetrie voraussetzt. Ich bin daher dafür, dass die Einzelsparmassnahmen ganz generell alle Partner des Kantons treffen können muss. Seien es die Bevölkerung und die Gemeinden, sei es die Wirtschaft mit ihren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Damit schliesse ich zu gegebener Zeit namentlich auch eine Steuererhöhung nicht a priori aus. Wenn erkennbar wird, dass vor lauter Sparen die Grundfesten unseres Staatsverständnis niedergeschleift werden. Zu solchen Grundfesten zähle ich namentlich die Möglichkeit zur Selbstentfaltung für mittelständische Familien, leben sie traditionell oder in moderner Form und die Möglichkeit zur Selbstentfaltung für die Arbeitenden aus dem Mittelstand, sei dies im Angestelltenverhältnis oder als Selbständigerwerbende.

Ich bin auch für Eintreten und später auch für die Anträge der GPK.

Zindel: Ich vergleiche unseren Kanton mit einem Schiffelein auf hoher See. Und ich vergleiche einmal ein Teil unsere Tätigkeit hier im Rat selbstkritisch als Poren – als Löcher – in eben diesem Schiffelein. Es gibt harmlose Fehlentscheide, wo wir unsere Löcher über dem Wasserspiegel bohren. Wenn wir aber jetzt finanzpolitisch eine reine Sparstrategie fahren, die ich im Übrigen begrüsse und mich voll hinter die Linie der GPK stelle – ohne gleichzeitig die Steuern zu erhöhen, bohren wir Löcher unterhalb der Wasserlinie. Schauen Sie, Sie können den Sparansatz zu einer ausgefeilten Strangulationsstrategie verfeinern, wir können im Rahmen der Haushaltssanierungsdebatte im Juni wirklich eine Auslegung zur Auslagenunordnung miteinander vollziehen, aber unser Herz weiss doch, es braucht noch mehr Saft. Wir können nicht einfach nur die Zitrone auspressen. Von da her unterstütze ich die Doppelstrategie der Regierung, wonach zugleich die Steuern erhöht werden sollen.

Die Familien wurden angesprochen. Es wird manchmal gesagt, aus familienpolitischen Gründen sei eine Steuererhöhung nicht opportun. Für mich ist das Gegenteil der Fall, es ist unethisch und unfair unseren Kindern gegenüber, die jetzt in der Lehre oder im Studium stehen oder noch zur Schule gehen. Ich habe vier an der Zahl und weiss auch als Famili-

envater, was es heisst, spitz zu kalkulieren. Ich finde es unethisch und unfair, die seit 1997 mit hässlicher Regelmässigkeit kumulierten Defizite an die nächste Generation weiter zu geben. Die müssen dann nämlich das bereinigen, wenn sie ihre Geschäfte, Praxen und Existenzen aufbauen wollen. Ich meine deshalb, wer diesen Herbst gegen eine Steuererhöhung ist, ist auch pädagogisch ein schlechtes Vorbild. Mit seiner Haltung gibt er zum Ausdruck, dass wir auf Pump über unsere Verhältnisse auf Kosten unserer Nachkommen leben können, weil wir nicht fähig oder willens sind, ein Opfer zu bringen. Und zwar braucht es ein doppeltes Opfer zum Sparen und für höhere Steuereinnahmen. Ich denke, das Finanzhaushaltsgesetz dürfen Sie nicht nur sparpolitisch anwenden, sondern auch steuerpolitisch im Sinne von höheren Einnahmen.

Hess: Ich mache in meinem eigenen Namen und im Namen der FDP-Fraktion ein Plädoyer für den Mittelstand. Ich bin der Überzeugung, dass sowohl Steuererhöhungen als auch Verschiebungen von Lasten, wie es bei den Lehrerbesoldungen z.B. der Fall wäre, zu Lasten des Mittelstandes gehen. Der Mittelstand besteht aus unseren Bürgern, aus dem unteren und mittleren Kader. Das sind diejenigen Leute, die sich in unserer Gesellschaft einsetzen, es ist letztlich die staatstragende Schicht. Es ist auch diejenige Schicht, die am meisten Steuererträge bringt. Dazu gehören auch die KMU, die nicht entlastet werden. Es sind nur die juristischen Personen, die nicht mehr belastet würden. Eine Entlastung der KMU findet nicht statt, da die meisten KMU in einer Einzelfirma oder Kollektivgesellschaft arbeiten. Auch diese gehören zum Mittelstand. Ich denke, wir können von einer wahren Erosion des Mittelstandes sprechen, wenn wir weiter und weiter an der Staatsquote schrauben, respektive diese erhöhen – es ist nicht schrauben, es ist erhöhen.

Es gibt meines Erachtens nur eine Lösung, die Staatsquote, die in den letzten Jahren massiv gestiegen ist, zu reduzieren, nämlich in einer umfassenden Aufgabenüberprüfung, wie sie die Regierung und die GPK übereinstimmend fordern. Dazu gehört die Einsetzung dieser Kerngruppe, die bis zum Juni 2003 Massnahmen vorschlägt. Dazu gehört auch das System der umfassenden Überprüfung der Staatsaufgaben gemäss Massnahme 49 auf Seite A16.

Dazu gehört aber auch und das vermisse ich, eine dritte Massnahme. Das ist die externe Überprüfung aufgrund des längst eingereichten Postulates Casanova. Hier ist noch nichts geschehen.

Es gibt aber auch noch einen vierten Punkt, bei dem wir eingreifen müssen. Ich möchte dazu mit einem Beispiel anfangen: Vor vielen Jahren anlässlich einer Budgetdebatte in der Gemeindeversammlung unserer Kleingemeinde hatten wir überhaupt keinen Spielraum mehr, um überhaupt sparen zu können. Am Schluss der dreistündigen Debatte strichen wir 4'000 Franken für die Sanierung von Bruchsteinmauern, die wir zusammen mit dem Fonds Landschaft Schweiz gerne gemacht hätten. Weiter strichen wir letztlich das Billet für den Kindergartentransport. Das war alles was wir tun konnten. Wir sind überaus stark von Kanton und Bund abhängig. Das gleiche höre ich von der Regierung. Wir sind vom Bund abhängig, also müssen wir doch beim Bund eingreifen. Wir müssen zusammen mit unseren Parlamentariern, der Regierung und mit den Bundesparlamentariern vielleicht Ständesinitiativen ergreifen, um die ausufernde Staatsquote zu beschränken. Diese Mittel sind noch längst nicht ausgeschöpft und ich denke schon wieder daran, welche zusätzlichen Mittel wir mit der individuellen Prämienverbilligung abschöpfen

werden. Es sind 30 Millionen mehr vom Bund in den nächsten sechs Jahren und 10 Millionen mehr vom Kanton. Woher kommen diese Millionen? Wir sind doch alles auch Bundesbürger und nicht nur Kantonsbürger. Auch diese Massnahme ist also zu ergreifen. Die Folge davon wird sein, eine Konzentration auf die wesentlichen Staatsaufgaben. Dabei können wir nicht einfach so vorgehen, dass wir in umgekehrter Reihenfolge wie die Staatsaufgaben mal entstanden sind, wieder abbauen. Entstanden sind ja die Bedürfnisse des Staates. Zuerst werden die Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt, dann kommen die soziale Sicherheit und dann der Umweltschutz. Es wäre nun falsch, wenn wir einfach wieder umgekehrt vorgehen würden. Dies soll auf keinen Fall sein. Ich bin der Meinung, dass eine umfassende Aufgabenüberprüfung aufgrund einer tiefen Neubeurteilung erfolgen muss und in diesem Sinne die Aufgabe Neuausrichtung des Kantons eine Chance für unseren Kanton darstellt. Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche und nutzen wir diese Chance.

Suenderhauf: Die Botschaft zum Voranschlag 2003 liest sich wie ein Unfallbericht eines Bergwanderers, der auszog über Hügel und leichte Ansteigungen, um dann in einem Abgrund sein tragisches Ende zu finden. Sie finden diese „Metapher“ zu dramatisch oder gar übertrieben?

Bereits im Jahre 1996 wurde die Regierung über meinen Vorstoss gebeten, Aufgaben und Strukturen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die Antwort der Regierung lautete damals, man könne keine neuen Projekte beginnen. Diese Überprüfung werde im Rahmen der laufenden Projekte „Verwesentlichung der Rechtsetzung“, „GRiforma“ und „Verfassungsrevision“ integriert. Ein ähnlicher Vorstoss im Jahre 1998 durch Ratskollege Zegg wurde nach heftiger Diskussion von Seiten der Regierungsbank gleichlautend beantwortet. Man fand es nicht für notwendig, diesem wichtigen Bereich die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

Heute kennen wir das Ergebnis der Einsparungen durch die besagten Projekte. Eine echte Aufgaben- und Strukturenprüfung mit entsprechendem Einsparungspotential ist weitgehend ausgeblieben. Ich habe grosse Mühe, Steuererhöhungen zuzustimmen, bevor wir und insbesondere die Regierung die Hausaufgaben gemacht haben und das Ergebnis einer längst verlangten Aufgaben- und Strukturüberprüfung auf dem Tisch liegt. Dass es daneben noch weitergehende Sparmassnahmen erfordert, liegt auf der Hand und es ist klar, dass diese Sparübung schmerzen wird. Es liegt weiter auf der Hand, dass es keine Tabus geben darf. Ich denke dabei beispielsweise an eine Spitalplanung, ähnlich wie in anderen Kantonen, welche diesen Namen auch verdient. Auch beim Bildungswesen werden wir nicht darum herum kommen, massive Einsparungen vorzunehmen. Auch hier gibt es Kantone, welche diesen Schritt bereits gegangen sind, ohne substantielle Einbrüche zu verzeichnen. Ich habe bewusst nur diese zwei Bereiche erwähnt, weil die Kostensteigerung dort am meisten ins Auge sticht. Die Einschnitte wären jedoch weniger schmerzhaft gewesen, wenn man solche Einsparungen stufenweise vorgenommen und auch unangenehme Entschiede gefällt hätte.

Wir brauchen eine Regierung, die regiert und nicht nur reagiert. Ich kann der Regierung in diesem Punkt den Vorwurf nicht ersparen, und dabei meine ich nicht nur diese Regierung, nicht eine langfristige auf Ausgleich des Staatshaushaltes bedachte Finanzpolitik betrieben zu haben, zu oft wurden Jahresergebnisse, Aufwertung von Aktiven usw. beschönigt.

Noch etwas zum Stichwort Verantwortung: Liest man die Berichte der Medien und deutet man nicht zuletzt die Aussagen auch von Frau Regierungsrätin Widmer, so wird die Verantwortung für zusätzliche Aufgaben und Belastungen des Staatshaushaltes zu einem grossen Teil dem Grossen Rat zugeschoben. Sicher lastet ein nicht unwesentlicher Teil dieser Verantwortung auf diesem Parlament, sind es doch wir, welche letztlich als gesetzgeberische Instanz ausgabenwirksame Erlasse beschliessen oder dem Volk zur Annahme empfehlen. Dies ist aber nur die halbe Wirklichkeit, Ratskollege Tscholl. Ich meine es wäre gut, wenn wir uns in Zukunft über dieses Rollenverständnis Regierung / Grosser Rat einige Gedanken machen würden. Sehen Sie, es ist doch die Aufgabe eines jeden Parlamentarier Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung aufzunehmen und im Rahmen seiner Möglichkeiten in diesem Parlament einzubringen. Für das ist er unter anderem auch gewählt. Der Regierung wird alsdann Gelegenheit gegeben, zu Vorstössen Stellung zu nehmen und sie anzunehmen bzw. abzulehnen. Der weit aus grösste Teil aller Vorstösse, welche letztlich in ausgabenwirksamen Erlassen gemündet haben, wurde von der Regierung entgegengenommen. Wir wissen nur all zu gut, was die Regierung mit Vorstössen macht, welche ihr nicht genehm sind. Sie werden in den Schubladen gut gelagert, eben beispielsweise mein Postulat oder das Postulat Zegg oder auch die Beherbergungsabgabe, Ratskollege Walther könnte hier ein Lied davon singen.

Ich kann mich aber in all den Jahren nicht erinnern, dass die Regierung Vorstösse aus diesem Parlament unter finanzpolitischen Gesichtspunkten geprüft und einen persönlichen Vorstoss unter diesem Gesichtspunkt abgelehnt hat. Es liegt doch auf der Hand, dass zusätzliche Belastungen des Finanzhaushaltes viel leichter in diesem Stadium verhindert werden könnten, als nach der Überweisung des Vorstosses, wenn Regierung dem Parlament eine ausgearbeitete Botschaft unterbreiten muss. Ich glaube, hier muss die Regierung ihre operative Führungsrolle neu definieren und neue Aufgaben immer – und beim jetzigen Zustand des Finanzhaushaltes erst recht – auf ihre Finanzierbarkeit überprüfen. Auch wenn der Staat nicht mit einem Unternehmen verglichen werden kann, sollte auch er sich als erstes die Frage stellen, ob er auch bezahlen kann, was er bestellt.

In der Vergangenheit ist man unbequemem Entscheiden mit Bezug auf eine konsequente Sparpolitik aus dem Weg gegangen. Beim jetzigen Zustand des Bündner Finanzhaushaltes wird die Regierung nicht umhin kommen, uns ein Sparpaket, welches diesen Namen auch verdient zu unterbreiten. Das Parlament steht in der Verantwortung, den Willen zum Sparen auch tatsächlich aufzubringen. Denn sehen Sie, beim Griff in die eigene Tasche stellen Sie doch heute schon fest, dass die öffentliche Hand bereits vorher drin war. Vor allem in konjunkturschwachen Zeiten sind Steuererhöhungen nicht zu vertreten, zumindest nicht, bevor der Staat alles unternommen hat, seinen Finanzhaushalt aus eigener Kraft ins Lot zu bringen.

Beck: Ich bin einer, der gerne mehr Steuern bezahlen würde. Am liebsten natürlich beim gleichen Steuersatz. Nun, wenn wir das vorliegende Budget anschauen, sehen wir bald, dass es nicht so einfach sein wird, das heraus zu nehmen, was einem am liebsten wäre. Die Regierung zeigt aber deutlich auf, dass die finanzielle Situation des Kantons dramatisch ist. Auf Seite A30 sehen wir, wie sich die Defizite in der laufenden Rechnung entwickeln. Ohne Steuererhöhung sind es im Jahr 2004 113.5 Millionen Franken. Dieser Betrag steigt dann an,

bis im Jahr 2007, auf 159.5 Millionen Franken Defizit pro Jahr. Wird die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung um 10 Prozent angenommen, beträgt der Fehlbetrag im Jahr 2004 bis 2007 durchschnittlich immer noch ca. 100 Millionen Franken. Ob wir nun der Steuererhöhung zustimmen oder nicht, wir kommen nicht drum herum, einschneidende Sparprogramme aufzustellen. Wir kommen nicht drum herum, diese Sparprogramme auch zu beschliessen und wir kommen erst recht nicht drum herum, sie auch zu vollziehen. Im Vorfeld dieser Debatte hörte ich verschiedentlich das Argument, dass wir jetzt keine Steuererhöhung bewilligen dürfen, sonst gehe der Anreiz zum Sparen verloren. Ich kann diese Bedenken nicht teilen. Es geht nicht darum, Steuererhöhung oder Sparen. Wir brauchen beides. Selbst mit einer Steuererhöhung von 10 Prozent müssen wir 100 Millionen pro Jahr einsparen. Wenn das nicht Sparanreiz genug ist, dann weiss ich nicht, ob diejenigen, denen das als Anreiz nicht genügt, bereit sind, 150 Millionen im Jahr einzusparen.

Es mag Sie erstaunen, wenn ich als Gewerbler mich für eine Steuererhöhung ausspreche. Die Bündner Wirtschaftsverbände kämpfen vehement gegen diese Steuererhöhung.

Ich muss in diesem Zusammenhang eine Aussage von Grossrat Jäger etwas relativieren. Er hat gesagt, die KMU seien in diesem Sinne nicht betroffen, weil man sie bei der Zuschlagssteuer entlasten würde. Teilweise stimmt das. Aber wir haben natürlich sehr viele Klein- und Mittelbetriebe im Kanton Graubünden, die als natürliche Personen figurieren und bei denen trifft das dann eben nicht zu. Diese sind von der Steuererhöhung betroffen, ich gehöre auch dazu.

In der Frage der Steuererhöhung bin ich aber dennoch anderer Meinung als die Geschäftsleitung – auch meines Berufsverbandes – des Gewerbeverbandes. Natürlich fehlt jeder Unternehmung jeder Franken, den man über Steuern abzieht, er fehlt für Investitionen. Viel wichtiger als der Steuersatz ist für mich als Unternehmer aber die Tatsache, ob ich im Betrieb überhaupt Arbeit habe oder nicht. Wenn wir der Steuererhöhung nicht zustimmen, werden wir die Notbremse im nächsten Jahr umso härter ziehen müssen. Dabei werden wir alle Schaden nehmen. Es werden Investitionen gestrichen, die dringend benötigt werden. Der öffentliche Verkehr wird darunter leiden. Bei den Strassen werden im Unterhalt und beim Ausbau die Mittel gekürzt. Die Beiträge an die Gemeinden werden gekürzt. Natürlich müssen wir all diese Massnahmen ergreifen, auch wenn wir eine Steuererhöhung beschliessen. Aber die Auswirkungen, ob wir dann 100 oder 150 Millionen einsparen müssen, die werden nicht gleich sein.

Ich würde von denjenigen, die meinen, eine Einsparung von über 100 Millionen wäre ohne Probleme möglich, gerne hören, wo sie diese Einsparungen machen möchten.

Ein Blick noch auf die Auswirkungen einer zehnprozentigen Steuererhöhung: Wenn wir die Kantonssteuer um 10 Prozent erhöhen, heisst das natürlich nicht, dass die Steuerbelastung um 10 Prozent ansteigt. Die Bundessteuer bleibt gleich. Die Gemeindesteuern bleiben auch gleich. Die Spezialsteuern bleiben auch gleich. Per Saldo wird uns eine zehnprozentige Erhöhung der Kantonssteuer ca. 3 bis 4 Prozent Mehrbelastung an Steuern bringen. Wenn wir es in Zahlen anschauen sieht es wie folgt aus: Jemand der heute 10'000 Franken Steuern bezahlt, wird nach der Steuererhöhung 10'400 Franken bezahlen, jemand der heute 20'000 Franken Steuern bezahlt, wird nachher 20'800 Franken bezahlen, jemand der heute 50'000 Franken an Steuern bezahlt, wird nachher 52'000 Franken bezahlen. Sie sehen, die Mehrbelastung, sei

es als Privater oder sei es als Unternehmer, ist nicht so bedeutend, wie man es auf den ersten Blick meinen könnte.

Für mich ist das Ziel des gesunden Finanzhaushaltes wichtig. Nur ein gesunder Staat kann auch die nötigen Investitionen tätigen. Wenn wir die Steuererhöhung um ein Jahr verschieben, fehlen dem Kanton 46 Millionen Franken. Ohne Steuererhöhung werden die Schuldzinsen bis ins Jahr 2007 um 20 Millionen pro Jahr ansteigen. Können wir das verantworten? Die Regierung hat die Situation erkannt. Wenn wir sie heute nicht erkennen, werden wir sie spätestens im nächsten Sommer erkennen, wenn das Sparpaket vorliegt. Wir werden dann alle sehen, dass wir die Steuererhöhung trotz des Sparpaketes brauchen.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen die Sparmassnahmen, die die GPK vorschlägt. Wir brauchen die Sparmassnahmen, die die Regierung vorschlägt und wir brauchen auch eine Steuererhöhung. Ich bin für Eintreten.

Arquint: Ein Wort in dieser Sache zu Kollege Lardi. Er hat das Trauerlied einer Randregion gesungen und auch dasjenige eines geplagten Gemeindepräsidenten in einer Randregion und daraus dann den Link zu einer negativen Wertung einer Steuererhöhung gemacht. Ich denke dieser Link ist gerade aus der Sicht der Randregionen die falsche Schlussfolgerung, die man ziehen kann. Wenn wir vor der Situation der Gesundung der kantonalen Finanzen stehen, haben wir verschiedene Instrumente zur Hand. Das eine ist, mögliches kurzfristiges Sparpotential. Da ist darauf schon hingewiesen worden, dass gerade dieser Bereich relativ schwach ansteigt und hingegen die Beiträge, die im Bildungs- und Sozialbereich anfallen, unverhältnismässig ansteigen. Letztere lassen sich nicht über ein kurzfristiges Sparpotential korrigieren.

Eine zweite Massnahme sind Verlagerungen. Es wurde schon darauf hingewiesen. Wir sind auch mit Vorschlägen konfrontiert, die einerseits auf Gemeindeebene, andererseits aber und das finde ich auch sehr einschneidend, Kürzungen vorsehen bei zivilgesellschaftlichen Organisationen, die gewissermassen ergänzend zum Staat Leistungen erbringen, und zwar mit einem Engagement und mit einer Ehrenamtlichkeit, die man nicht in der Art bestrafen sollte.

Abbau, ein drittes Instrumentarium: Da können die Redner noch so gewählt von Konzentrierung der Staatsaufgaben reden, im Grunde und im Endeffekt läuft das alles auf einen Abbau von staatlichen Leistungen hinaus, denn nur so können auch Spareffekte erzeugt werden.

Ich bin nicht dagegen, dass man diese Durchforstung macht, diese braucht aber eine gewisse Zeit. Wir haben einige dieser Übungen schon gemacht. Ich denke etwa an die Lebensmittelkontrolle oder an den Abbau der Bezirkskommissariate. Wenn sie das „kurzschalten“, dann werden Sie sofort sehen, diese sind auf Kosten von Arbeitsstellen in Randregionen gegangen zu Gunsten einer zugegebenermassen grösseren Effizienz. Diese Überlegungen zur Konzentration der Staatsaufgaben, werden in dieser Richtung die Randregionen massiv treffen. Es wurden die Bildung und der Sozialbereich erwähnt. Ich denke, wir kommen bei diesen Überlegungen nicht darum herum, konfrontiert zu werden mit Vorschlägen, die Klein- und Regionalspitäler einschneidend treffen. Ich denke für Randregionen – und da muss man kein Prophet sein – ist der Staat der glaubwürdigste und der verlässlichste Partner. Wo der Tourismus, wo wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist, greift der Staat mit Wirtschaftsprogrammen, mit Unterstützungsprogrammen ein. Wenn wir wollen, dass der Staat dies tun kann, muss er auf einer einigermaßen gesunden finanziellen Grundlage stehen. Deshalb begrüsse

ich auch als zusätzlichen Schritt – die Argumente wurden schon erwähnt – eine zehnprozentige Steuererhöhung.

Eine Steuererhöhung ist ein Ausdruck, der Solidarität der ganzen Bevölkerung zu einem Staat, den man sich als verlässlichen Staat und Partner wünscht und sie ist in erster Linie ein Ausdruck der Solidarität gegenüber den Randregionen, den peripheren Regionen, und den kleinen und armen Gemeinden. Deshalb denke ich, dieser Massnahmenkatalog, wie ihn die GPK vorschlägt, ist an einem Bein lahm und an einem Auge blind.

Damit wir diesen Finanzhausalt einigermaßen in eine gesunde Richtung vorantreiben können, und uns nicht auf ein späteres, sehr viel schmerzhafteres Engagement und Paket an Massnahmen vertrösten wollen, bin ich für Eintreten und für die Vorlage der Regierung.

Capaul: Die Regierung stellt hier Anträge, denen ein Gemeindevertreter im Grosse Rat unmöglich zustimmen kann. Unsere Regierung klagt sonst immer, dass der Bund Lasten auf die Kantone abwälze.

Meine Frage an die Regierung, wo liegt hier der Unterschied? Wenn die Regierung alleine den Antrag auf eine Steuererhöhung um 10 Prozent stellen würde ohne im gleichen Atemzug noch 11 Millionen auf die Gemeinden zu verschieben, wäre ich noch einverstanden gewesen. So aber könnte ich höchstens einem Antrag auf Steuererhöhung zustimmen, alle anderen Vorschläge der Regierung muss ich aber strikte ablehnen. Als Vertreter von finanzausgleichsberechtigten Gemeinden kann ich auch nicht zulassen, dass versucht wird, mit dem Finanzausgleich Wirtschaftspolitik zu betreiben, mit der Folge, dass der Fonds im schlimmsten Fall massiv geschwächt wird. Ich werde daher den meisten Anträgen der GPK zustimmen. Zuerst soll die Regierung beweisen, dass sie im eigenen Laden aufräumen will und damit mindestens 11 Millionen einsparen kann, bevor sie auf die Gemeinden losgeht. Sonst mangelt es dieser Regierung am politischen Spürsinn. Der gescheiterte Versuch der Abwälzung der Krankenkassenprämien auf die Gemeinden letztes Jahr lässt grüssen. Ich bin für Eintreten.

Lemm: Ich möchte auf das Votum von Herrn Grossrat Schütz zurückkommen und einige Bemerkungen machen zu seinen Ausführungen betreffend der Graubündner Kantonalbank. Herr Schütz hat wörtlich gesagt, ich zitiere: „Der Gewinn der Graubündner Kantonalbank könnte auch zu Gunsten des Kantons erhöht werden.“ Diese Aussage haben wir in jüngster Zeit von der SP-Fraktion bereits wiederholt in den Medien gelesen. Diese Aussage ist auch entsprechend propagiert worden.

Ich möchte als Mitglied des Bankrates der Graubündner Kantonalbank warnen. Ich möchte Sie davor warnen, die Graubündner Kantonalbank zum Selbstbedienungsladen des Kantons Graubünden verkommen zu lassen. Die Graubündner Kantonalbank ist nach wie vor eine unabhängige und selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Will sie weiterhin als starke Bank auf dem Finanzmarkt Schweiz bestehen, muss sie auch über genügend Eigenkapital verfügen. Eigenkapital, welches möglichst alle quantifizierbaren Risiken abdeckt und der Bank ermöglicht, genügend Rückstellungen und Reserven zu bilden. Eine Schwächung des Eigenkapitals kommt einer fatalen Aushöhlung der Sicherheits- und Risikopolitik der Graubündner Kantonalbank gleich und führt im Markt zu einer Schwächung des Ratings der Bank. Die Graubündner Kantonalbank wurde bekanntlich erst kürzlich mit einem hervorragenden „AA“ geratet. Diese Position gilt

es zu stärken. Beispiele wie in den Kantonen Solothurn und Waadt zeigen die Folgen solch unüberlegter und kurzsichtiger Handlungen auf. Gerade auf Grund einer umsichtigen Geschäftspolitik ist die Graubündner Kantonalbank leistungsfähig geblieben und konnte auch in wirtschaftlich schwächeren Zeiten beträchtliche Gewinnanteile an den Kanton abliefern. In den letzten Jahren sind diese Beiträge sogar stets erhöht worden. Im Jahre 2001 betrug der Reingewinn 43.9 Millionen, der Gewinnanteil des Kantons 15.5 Millionen und die Verzinsung des Dotationskapitals 9.7 Millionen. Es muss deshalb der Bank auch möglich sein, in wirtschaftlich schwächeren Zeiten weniger Gewinnausschüttung an den Kanton zu tätigen. Die Bank darf, meiner Meinung nach, nicht unter dem Druck des Kantons stehen.

Nicht nur der Kanton Graubünden hat Anspruch am Gewinn der Graubündner Kantonalbank. Es sind dies auch die Inhaber von PS-Scheinen und nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank. Deshalb ist das Ansinnen der SP-Fraktion strikte abzulehnen. Die Vorschriften zur Bildung von Eigenkapital für Banken werden nächstens revidiert und diese Bestimmungen werden voraussichtlich bereits 2006 in Kraft gesetzt. Dieser Beschluss muss zwingend abgewartet werden, bevor über eine Änderung der Gewinnablieferung an den Kanton nachgedacht werden kann.

Ich bin überzeugt, dass die Regierung die Kompetenz hat und auch willens ist, mit der Bank zu verhandeln. Aber diese Verhandlungen über eine Neuausschüttung der Gewinnanteile müssen seriös sein. Wenn ich seriös sage, dann meine ich, diese Verhandlungen müssen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien und nicht nach politischen Überlegungen geführt werden. Es darf durchaus geprüft werden, ob in Zukunft eine Änderung bezüglich Gewinnablieferung an den Kanton möglich ist. Ich denke z.B. an eine angemessene Abgeltung der Staatsgarantie. Aber wie gesagt, diese Verhandlungen müssen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden. Politische Beschlüsse sind in der Regel betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbar.

Ich bitte Sie auf die Anträge der GPK einzutreten, denn heute stehen uns zwei Varianten zur Auswahl, einerseits der Antrag der GPK und andererseits derjenige der Regierung mit der bekannten Steuererhöhung um 10 Prozent. Wenn Sie der Variante der Regierung zustimmen, wird es so herauskommen, dass wir während der Detailberatung einzelne Punkte des Budgets heraus greifen und mit allen Mitteln versuchen werden, gewisse Sparübungen im Sinne einer Sandkastenübung durchzuführen. Das kann nicht zum Ziel führen, denn der Grosse Rat ist in dieser Frage gefordert.

Wir müssen uns fragen, was kann dieser Kanton und was muss der Kanton noch bewältigen? Welche Aufgaben sind dem Kanton zu übertragen? Dazu müssen wir bereit sein, nebst dem Sparwillen auch Strukturen zu verändern und Leistungen abzubauen. Das ist der Grund, warum die Regierung bereits im September dieses Jahres eine Projektorganisation eingesetzt hat mit dem Ziel, Abbau- und Verzichtsmassnahmen zu erarbeiten. Wir werden diese Sparmassnahmen in einer separaten Botschaft zu Handen der Junisession zur Behandlung erhalten. Erst dann wird es uns möglich sein, festzusetzen, ob wir tatsächlich 10 Prozent Steuern erhöhen müssen oder ob es weniger oder gar mehr sein werden. Wir werden erst im Juni auf diese Frage eine Antwort bekommen. Doch mit einer Steuererhöhung um 10 Prozent wird für den Grosse Rat, es sind immerhin 46 Millionen Mehreinnahmen auf das Jahr 2004, der Sparwille und der Spardruck abnehmen. Und wenn dieser Spardruck abnimmt, wird der Grosse Rat bei diesen Mehreinnahmen gerne bereit sein, auf

gewisse harte Massnahmen zu verzichten. Ich bitte Sie deshalb, warten Sie dieses Paket ab und wir werden im Juni festlegen und uns sagen, ob die 10 Prozent wirklich notwendig sind oder ob es weniger oder gar mehr sein müssen.

Mitteilung des Landespräsidenten:

Ich habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen. Grossrat Christian Walther feiert heute seinen 65. Geburtstag. Herr Walther, ich gratuliere Ihnen, wünsche Ihnen alles Gute und sofern Sie es möchten, dürfen Sie morgen bis 09.00 Uhr ausschlafen. Das gilt natürlich nur für Herrn Grossrat Walther.

Es sind eingegangen:

- eine schriftliche Anfrage betreffend Termin der zukünftigen Aufnahmeprüfung ins Untergymnasium von Grossrätin Robustelli;
- eine Interpellation von Grossrat Jäger betreffend Auswirkungen der Veränderung der Geburtenraten auf das Bündner Bildungswesen.

Schluss der Sitzung: 16.45 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Vitus Locher

Der Protokollführer: Peter Gadiant